

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 646 und 5647

Nummer 14

Berlin, den 7. April 1923

3. Jahrgang

Dem Ostermorgen der Menschheit.

Ihr blassen Gefährten in Dorf und Stadt,
Und habt ihr es alle vernommen;
Geh keiner in Kengsten bestommen!
Wer immer vom Winter verflümmert und matt,
Der schau sich an quellender Sonne satt,
Denn ein helfender Frühling will kommen,
Und steht der Frühling am Tor bereit,
Der soll nicht vor Mauern warten.
Wir nennen es fröhliche Osterzeit,
Und die Welt wird ein blühender Garten.

Ihr Frauen und Mädchen im sorgenden Leid,
Nun laßt euch das Wandern behagen,
Denn die Wolken sind silberne Wagen,
Und das schöne schimmernde Sonnenfeld,
Ihr alle, die ihr im Schatten seid,
Ihr sollt es zu eigen tragen.
Die junge Lust vor dem alten Tor
Will wandern und singen und lachen.
Wir nennen es festlichen Osterchor,
Und wir wollen zur Freude erwachen.

Aus Werkstatt und Enge, verdrossener Mann,
Geh werben auf drängenden Wegen
Und sprich deinen mutigen Segen
Und brich deiner Steine bedrückenden Bann,
Die Jugend, die köstliche Jugend voran
Und des Frühlings lebendigstes Regen!
So hielten wir's immer, so halten wir's noch,
So werden wir's ewig erneuern:
Uns führt ein Ostern aus Ost und Joch
In die Luft von befehlenden Fernen.

Du Volk der Arbeit, du hoffende Not,
So löst du den Frühling begnaden:
Laß hoch auf den steinernen Zinnen
Die Fahne flattern im schwellenden Not
Und ruf in die Lande dein Lenzgebot:
Wir wollen die Erde gewinnen!
Und wenn wir alle den Ostergang
Des siegenden Volkes gehen,
Dann singen die Menschen den ersten Sang
Von Frühling und Auferstehen.

Stanz Rotbenfelder.

In der ganzen Geschichte seines Verbens hat der Mensch bisher individuell gedacht, alles von sich aus betrachtet, den einzelnen über das Ganze gestellt, und so sah er auch zeitlich nur klein, betrachtete er das Leben zeitlich mit dem Maßstab seines eigenen kurzen Erdenseins. Das Entstehen des organisierten menschlichen Gedankens hat in diesen Jahrzehnten auch den Blick für Zeit geweitet, hat uns hinaussehen lassen über das Kleine und Kurze in das Große, in die Epoche, und wir betrachten mit einem unerbittlichen historischen Blicke die Welt.

Karfreitag, Gewiß, auch ein einzelner hatte ihn, hat ihn noch heute. Leider nur zu oft. Nur zu oft haben wir Tage der Trauer, der Arbeitslosigkeit, der Krankheit, des Unfalls, des Todes. Nur zu oft sind wir verzweifelt, sehen wir nichts als Dunkelheit gebreitet um uns; kein Strahl eines Lichts, kein Funke einer Hoffnung leuchtet. Und dennoch überwinden wir immer wieder den Tag und feiern ein Auferstehen aus der Verzweiflung, und wie die Menschen Karfreitag und Ostern feiern, Jahr für Jahr, so wiederholen sich auch im alltäglichen Leben des einzelnen immer wieder Schwere und Freude, Beklemmung und Altmun, Nacht und Licht.

Doch wenn wir über dieses Geschehen im Kleinen hinaus den Blick erheben und historisch schauen, in Epochen betrachten, was sehen wir dann? Karfreitag, einen launen Karfreitag der Welt. Ein ewiges Leiden der Masse, ein ewiges Opfer des Volkes. Sein Kreuz trug das tätige, wirkende, schaffende Volk. Immer. Möchte ein einzelner auch frohe Tage erleben, möchte manchem einzelnen vielleicht stets nur ein gütiges Schicksal besagnet sein: seit Volk ist, trägt Volk in seiner Gesamtheit sein Kreuz — für andere.

Geduldig? Ach, ja; leider nur zu sehr, und wenn einmal Stunden der Erkenntnis und Verzweiflung kamen, im Altertum, im Mittelalter, wenn einmal ein revolutionärer Zug durch die Geschichte ging; die Geschichte nahm ihn auf und ging über ihn hinweg, als sei nichts geschehen. Karfreitag blieb. Die Stunden des Weltentages vergingen nur langsam, nur zu langsam für viele, wie immer die Stunden nur langsam zerrinnen, wenn sie schwer und hart und bitter sind.

Doch nun geht dieser Karfreitag der Menschheit seinem Ende zu. Fühlt ihr es nicht, wie es anders wird? Ostern ist in Werden!

Gewiß, der einzelne, er leidet auch heute noch, nur zu sehr. Doch schaut das Leben auch hier im Ganzen an! Seht einmal über die einzelne Not hinaus das Wesen dieser geschichtlichen Stunde: Volk ist erwacht. Was früher nur klein war, ist groß geworden. Worüber die Geschichte früher hinwegging, da steht sie jetzt still. Da kann sie jetzt nicht mehr hinweg, ohne zu scheitern mit der Masse.

Und warum? Weil diese Masse Macht hat, Gewalt und Kraft. Weil sie organisiert ist. Weil sie verbunden ist in Kampfverbänden, und weil alle Kampfverbände wiederum verbunden zu einem gewaltigen gewerkschaftlichen Bunde sind. Und weil alle gewerkschaftlichen Bünde der Welt wieder vereint sind zu einer internationalen Kampfmasse aller Schattenden des Erdenballs.

Tausende waren es noch vor Jahrzehnten. Hunderttausende wurden es bald. Und dann Millionen, allein in Deutschland. Und Millionen in der Welt. Der Tag schreitet. Die Geschichte geht ihren Weg. Den Weg, den die Masse bestimmt.

Da in diesem Schreiten der Masse liegt unser Osterglaube. Trotz aller einzelnen Not steigt der Gedanke auf: Arbeit sei frei! Menschheit sei glücklich!

Habt teil an diesem großen Erwachen, Brüder! Wir sind die Kraft.

Fühlt ihr nicht, wie es graut, ihr Schwestern, wie da aus euch, der Masse, die Exterionne der Freiheit wird?

Seid stark im Verbands!

Werbet für ihn!

Denn in ihm schreitet die Geschichte vorwärts zur großen Auferstehung all dessen, das Mensch ist.

Dr. Gustav Hoffmann.

Reichstagsauflösung — Neuwahlen.

Endlich ist er aufgelöst, der Reichstag, der in keiner Weise mehr dem Willen der Wählermassen in Deutschland entsprach. Die regierende Mehrzahl des gewesenen Reichstages, bestehend aus der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei, nützte die Machtverhältnisse nur zugunsten der bestehenden Klassen aus und bürdete dafür den arbeitenden Schichten ungeheure Lasten auf. Es sei nur an die Verminderung der Beschlüsse, die Zollerhöhungen, die Erhöhung des Lohnsteueraufkommens, die Subventionierung der Landwirtschaft, die Verschwendung von Reichsmitteln durch Kapitulanten, die Verschwendung von Mitteln für nutzlose Überflüssige Schichten der Nation erinnert. Daneben darf nicht vergessen werden, was die regierende Mehrzahl des gewesenen Reichstages auf kulturellem Gebiete mit dem Schwung und Schwindel für geistigen Schaden anrichtete und mit dem Reichsschulgesetz erstreckte. In der Sozialgesetzgebung hinderten die Bürgerblockparteien auch mehr, als daß sie förderten. Und wirtschaftlich neigten die genannten Parteien stets mehr zum Unternehmertum als zur Arbeiterschaft. Die Auswirkungen ihrer Politik ließen das erkennen. Der Arbeiterschaft wurde die Lebenshaltung ungeweiht durch die Maßnahmen des Reichsbürgerblocks verteuert und als sie den Ausgleich herbeiführen wollten, wurden ihren Organisationen schäbige und unsichtbare Fellein angelegt. Das Eingreifen bei den Lohn- und Tarifkämpfen muß wenigstens so bewertet werden. Die hier mitwirkenden Ministerien konnten sich eben von dem Einfluß der bestimmenden Rechtsparteien nicht freimachen.

Gerade diese Umstände müssen von den Arbeitermassen in Stadt und Land beachtet werden. Sie stellen unwiderruflich die

Mehrheit der Wähler dar und könnten bei den politischen Entscheidungen ihr Schicksal, soweit es bestimmt werden kann, selbst regeln. Aber sie tun es nicht. Den letzten Reichstag haben von 38 987 300 Wahlberechtigten 30 290 100 Wähler und Wählerinnen kein Verträge. Von ihnen wurden 493 Abgeordnete gewählt und zwar am 7. Dezember 1922. Seit dieser Zeit regierte der Reichsbürgerblock so, wie es vorstehend kurz geschildert wurde. Sonderbar daran ist, daß die genannten Rechtsparteien regierten, ohne die Mehrheit der Wählermassen jezeit hinter sich zu haben. Nach den amtlichen Feststellungen vereinigten sie 14 507 000 Stimmen auf sich, also nicht die Hälfte der Wählerzahl und bekamen damit 248 Abgeordnete gegen 245 der anderen Parteien. Der Vorteil wurde dadurch erreicht, daß die Stimmen der kleinen Parteien, die keine Abgeordneten bekamen, keine Bedeutung hatten und sich nicht auswirken konnten. Auf diese Weise konnte der Reichsbürgerblock mit nicht einmal der Hälfte Wahlstimmen als Bündnis fast vier Jahre hindurch seine für die Arbeiterschaft schädliche Politik machen.

Wenn alle arbeitenden Wähler und Wählerinnen politisch so reif wären, daß sie das unheilvolle Wirken des Reichsbürgerblocks im verflochtenen Reichstag für sich erkennen würden, müßten die Neuwahlen im kommenden Reichstag wesentlich andere Mehrheitsverhältnisse ergeben.

Man bedenke, bei der letzten Reichstagswahl bekamen

Deutschnationale Volkspartei	6 205 300
Nationalsoz. Freiheitsbewegung	6 07 300
Deutsche Volkspartei	3 019 100
Zentrum	4 118 500
Deutsche demokratische Partei	1 910 500
Evangelischdemokratische Partei	7 881 000

Kommunistische Partei	2 709 100
Bayerische Volkspartei	1 134 000
Deutschnationale Partei	1 59 100
Landbund	4 94 400
Bayr. Bauernb. Wirtschaftspartei	1 005 400
Deutsch-Hannoversche Partei	2 62 700
Unabh. sozialdemokr. Partei	98 500
Anderer Parteien	5 9 700

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß noch Millionen von Arbeiterwählern und -wählerinnen den bürgerlichen Parteien ihre Stimme geben. Dieser Zustand muß beseitigt werden, wenn der kommende Reichstag eine andere Politik und zwar diesmal eine zum Wohle der Arbeiterschaft treiben soll.

Bei den Neuwahlen ist auf den größeren Einfluß der Arbeiterschaft im Parlament Wert zu legen. Dazu haben auch die Gewerkschaftsmittelglieder beizutragen. Sie müssen in erster Linie die Auffklärung über die Kreise der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft hinaustragen und den noch unorganisierten jagen, wofür sie sich als Arbeiter in erster Linie einzusetzen haben. Das ist Steigerung der parlamentarischen Macht der Arbeiterklasse. Kein Gewerkschafter darf darin in den nächsten Wochen verlagern.

Unermüßlich muß die Aufklärung über die großen politischen Geschehnisse und ihre Auswirkungen für die Arbeiterschaft im Lager der bürgerlichen Massen getragen werden. Es gilt dabei der Schlammstut der Lüge und Verleumdung Einhalt zu tun. Gegenwärtig versuchen vor allem die Rechtsparteien, die die Regierungszügel auf dem Herbolz haben, mit allen Mitteln die Öffentlichkeit zu betören und für sich einzufangen. Das geht nicht immer auf seine Art vor sich und die Geldheime der Reichstenden wirken dabei mit. Die Wähler und Wählerinnen des arbeitenden Volkes müssen sich in dem Wirrwarr der Parteien zurecht finden und dorthin streben, wo die Sache der freien Gewerkschaften vertreten wird, wo sich die einflussreichsten und größten Organisationen der Arbeiterschaft zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Das ist um so notwendiger in einer Zeit, in der die Industrie, die Landwirtschaft, der Handel, die Banken mit ihren Bänden und Verbänden im Rückhalt nach stärkerer Festigung und Wiederkehr des reaktionär wirkenden Reichsbürgerblocks streben.

Die Arbeiterschaft aller Richtungen hat es in der Hand, ihr politisches Schicksal selbst zu bestimmen. Sie braucht keinen ihrer Gegner zur Hilfeleistung, sie mag am 20. Mai die richtige Entscheidung treffen, dann wird viel zu ihren Gunsten in Deutschland geändert werden können.

Nichts für den Verbandsbeitrag erhalten!

Ak. Dieser Tage kam ich zufällig in eine Gewerkschaftsversammlung eines noch ländlich durchsetzten Industrieortes. Außer einer Anzahl handwerklicher Betriebe sind drei Fabriken mit je ein paar Hundert Renten vorhanden. Vor dem Kriege war nur ein Teil der Handwerker gewerkschaftlich organisiert; die Fabrikarbeiter verhielten sich gleichgültig. Erst der Novemberwind von 1918 brachte sie in die Gewerkschaft. Aber das ist schon wieder lange her. Einer nach dem anderen war in die alte Gleichgültigkeit zurückversunken. Dem selbigen die Verbeverammlung abstellen. Der Ortsauschub hatte einen bekannten Redner von auswärts kommen lassen, um die gleichgültigen Arbeiter an ihre Pflicht zu erinnern. Es war auch eine ziemliche Anzahl Unorganisierter der Ortsgruppe gelad. Allein der Vortrag schien wenig Eindruck gemacht zu haben; denn gleich, nachdem der Redner geendet hatte, machten die Zuhörer an den hinteren Tischen Anstalt, davon zu fliehen. Die Aufnahmehelme lagen noch so auf den Tischen, wie sie hingelegt worden waren. Um dem Auseinanderlaufen vorzubeugen, erhob sich der Vorsitzende unverweilt und fragte, ob jemand das Wort zu dem Vortrag wünsche. Da sich niemand meldete, fragte der Vorsitzende, ob vielleicht einer eine Frage zu stellen habe. Nach einer Weile ging aus einer der Gruppen, die schon halb im Fortgehen waren, eine Hand in die Höhe. Es trat einer etwas vor und sagte überlaut:

„Eine Frage habe ich nun gerade nicht zu stellen; ich will nur sagen, daß wir den Verbandsbeitrag wäsonst zahlen. Ich habe schon sieben Jahre in den Verband hineingezahlt, aber noch keinen Groschen dafür vom Verband erhalten. Das muß einmal ausgesprochen werden.“

Diese Erklärung wirkte Wunder. Ein großer Teil der Anwesenden schien der gleichen Meinung zu sein. Das Gemurmel hörte mit einem Schlage auf. Die schon an der Tür befindlichen Besucher kamen zurück. Alle Augen richteten sich auf den Vorstehenden. Von einem Seitlich wurde gerufen: „Laß dir doch vom Verband einen Vorstoß auf dein Sterbegeld zahlen!“, was Heiterkeit entfiel. Der Vorstehende aber nahm die Sache ernst. Er fragte den Redner:

„Kollege, du arbeitest wohl in der Fabrik von B.“

„Ja, als Arbeiter.“

„Da hast ihr doch einen Lohnzettel?“

„Selbstverständlich!“

„Und ihr Nachbarbeiter habt doch erst vorige Woche eine Leistungszulage bekommen.“

„Das stimmt, aber...“

„Und euer Stundenlohn beträgt jetzt 1,05 RM, und die regelmäßige Arbeitszeit acht Stunden?“

„Das stimmt auch, aber...“

„Vor dem Kriege habt ihr bei der Firma B. 10 1/2 Stunden geschafft und einen Stundenlohn von 46 Pf. gehabt. Solchlich habt ihr jetzt die Stunde 59 Pf. mehr und seid 2 1/2 Stunde eher daheim in eurem Garten. Ist das nichts?“

„Das ist freilich schon etwas“, entgegnete der Angeredete, „aber den Lohnzettel haben ja auch die Unorganisierten, und die Leistungszulage wurde uns vom Sozialministerium zugesprochen, nicht vom Verband. Ich sagte doch, daß ich vom Verbandsbeitrag noch nichts für meine Beiträge erhalten habe.“

„Kollege“, sagte der Vorstehende das Brienebrüch fort, „sieh dir mal deinen Lohnzettel an. An den Unterschriften wirst du inne werden, daß er von keinem Verband mit der Unternehmerorganisation abgeschlossen ist. Wenn der Verband

nicht wäre, hätte ich wahrscheinlich auch nicht die Leistungs-
zulage vom Schlichtungsamt zugesprochen erhalten. Oder
hat irgendeiner von euch hier? wendete sich der Vorsitzende an
die Versammlung, schon bei einer Firma gearbeitet, die den
Lohn freiwillig erhöhte oder die Arbeitszeit verkürzte?
Allgemeines Kopfschütteln.

„Also“, fügte der Vorsitzende hinzu, „freiwillig hat noch
kein Unternehmer den Arbeitern etwas bewilligt, sondern alles
mühte ihm von der Gewerkschaft abgerungen werden. — Da
fällt mir aus meiner Gewerkschaftspraxis ein Fall von der
Firma B. ein. Vorigen Herbst wollte diese einen Mann auf
einmal und Fall entlassen; der Betriebsrat mischte sich ein, und
der Fall kam schließlich vor das Gewerbegericht. Die Firma
wurde verurteilt, dem Mann acht Wochen Lohn zu zahlen, wor-
auf sie die Kündigung zurücknahm.“

„Das ist der ja selbst!“ wurde dazwischen gerufen.
„So, Kollege, wie ich höre, bist du das selbst!“, wandte sich
der Vorsitzende an das Gewerkschaftsmitglied, das nichts für
seinen Beitrag erhalten haben wollte. Heberlege dir mal,
welcher Schaden dir durch die Zurücknahme der Kündigung er-
spart worden ist; du hättest wahrscheinlich hier am Orte keine
Arbeit mehr bekommen und schließlich fortwandern müssen...“

„Gott mal“, rief der Kollege, „das hat doch das Gewerbe-
gericht gemacht, nicht der Verband.“ — Die Versammlung
wurde unruhig; unwillige Worte ließen sich hören.
„Das mag formell richtig sein“, fuhr der Vorsitzende ge-
lassen fort, „aber wenn ich mich recht erinnere, war einer eurer
Verbandsfunktionäre mit dir beim Gewerbegericht, und im
Gewerbegericht sitzen Gewerkschafter als Zeugen. Somit hast
du es deinem Verband zu verdanken, daß du nicht arbeitslos
wurdest und von hier nicht fortzuziehen brauchtest. Rechne mal
aus, wieviel Groschen dir da dein Verband eingebracht hat.
Mir scheint, er hat dir allein bei dem Kündigungsfall mehr
eingebracht, als du in mehreren Jahren an Beiträgen bezahlt
hast.“

Die Blicke der Zuhörer richteten sich fragend auf den An-
geregten. Da er schwieg, setzte der Vorsitzende seine Rede
fort: „Aber sehen wir von solchen Einzelfällen mal ganz ab.
Ich glaube, daß die Erhöhung des Stundenlohnes von 40 auf
100 Pf. und die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 8
Stunden Vorteile sind, die allein schon den Verbandsbeitrag
aufwiegen. Dazu kommen noch Vorteile, die nicht weniger
wertvoll sind, auch wenn sie sich nicht in Geldzahlen ausdrücken
lassen. Denn an den Schutz gegen willkürliche Entlassung, an
das Mitbestimmungsrecht im Betrieb, an die Erwerbslosen-
unterstützung, an die Verhinderung der vielen Verluste, den
Lohn zu kürzen und an all das andere. Selbst wenn einer
keinen Groschen aus der Verbandskasse bekäme, hätte er den-
noch ungeheuer viel vom Verband bekommen. Kollegen, ihr
müht ja alle, wie es bei uns stand, als wir noch keinen Verband
hier hatten. Es gerantete sich ja keiner um eine Lohnverhöhung
anzuhalten oder sich über einen Mißstand zu beschweren, weil
er befürchten mußte, entlassen zu werden. Denn dies hätte bei
unseren Zuständen den Fortgang mit Sach und Pack bedeutet.
Das aber wollte keiner riskieren, weil er sein Häuschen hätte
verkaufen müssen. Seitdem wir den Verband hier haben,
schließt dieser den Lohnvertrag für uns ab. Wir alle bekommen
die Lohnverhöhung und die sonstigen Vorteile, ohne daß einer
beswegen beim Fabrikanten mit der Mühe in der Hand zu
bestehen braucht. Dadurch haben sich unsere wirtschaftlichen
Verhältnisse am Orte viel gebessert, der Arbeitsplatz ist sicherer
geworden, und wir sind die schwere Sorge los. Nun sagt
jedoch, ob ihr nichts für den Verbandsbeitrag erhalten habt.“

Während der Rede des Vorsitzenden hatte sich die Ver-
sammlung immer enger um den Vorstandstisch gedrängt. Das
Fortgehen schien alle dergleichen zu haben. Mit sichtlicher
Anteilnahme waren Rede und Gegenrede verfolgt worden. Auf
den Tischen hinter dem Mensalensaal wurden Aufnahmestühle
ausgefüllt. Davon lag ein hübsches Häuschen auf den
Verhandstisch, als die Versammlung geschlossen ward.

Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband.

Anfang März 1928.

Die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes am Anfang des
Märzmonats zeigt zwar eine gewisse Entlastung. Der Rück-
gang der Arbeitslosigkeit ist jedoch recht mäßig und weit ge-
ringert, als für eine gute Wirtschaftsjahreskonjunktur, die nach allen
Berichten noch immer vorhanden ist, erwartet werden kann. Es
betragt die Zahl der unterstützten Erwerbslosen:

	Von der Arbeits- losigkeit räum- lich unter- stützte	Von der Kreis- hilfe ge- unterstützte	In- ge- samt
1. Januar 1928	1 188 500	211 400	1 399 900
15. "	1 571 000	228 000	1 599 000
1. Februar "	1 383 000	215 000	1 598 000
15. "	1 291 000	215 500	1 506 500
1. März	1 287 000	215 000	1 502 000

Dennach ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen von
Mitte Januar bis zum 1. März nur um 147 000 zurückgegangen.
Die Lage des Arbeitsmarktes in den Industrien unseres Orga-
nisationsgebietes zeigt im allgemeinen eine nicht unguünstige
Entwicklung. Unsere Arbeitslosen-Statistik weist einen nicht
unbedeutenden Rückgang unserer erwerbslosen Mitglieder auf.
Unsere Statistik ergab für Anfang März insgesamt 417 200 oder
97 Proz. unserer Verbandsmitglieder. — Erfreulicherweise er-
gab die Statistik, daß die Mitgliederbewegung auch im letzten
Monat eine erhebliche Aufwärtsentwicklung genommen hat. —
Denn waren insgesamt 54 551 oder 8,7 v. H. arbeitslos und
6652 oder 2,3 v. H. arbeitslos verlor. Die entsprechenden
Verhältniszahlen im Vormonat waren 9,9 v. H. arbeitslos und
2,3 Kurzarbeiter. Werden die Kurzarbeiter nach den statistischen

Angaben über die Dauer der Kurzarbeit auf Vollerwerbslage
umgerechnet, dann war der Prozentsatz der vollbeschäftigten Ver-
bandsmitglieder 9,4 v. H. gegen 8,2 im Vormonat und 8,1
bzw. 7,4 in den entsprechenden Monaten der Jahre 1927 und
1926. Wie in den einzelnen Industriegruppen die Lage des
Arbeitsmarktes sich gestaltete, geht aus der folgenden Uebersicht
hervor:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

	Ende Januar 1928			Ende Februar 1928		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiter-Verband insgesamt	10,1	9,0	9,9	9,0	7,7	8,7
In der Industriegruppe:						
Chemie	6,2	8,7	6,8	5,1	6,5	5,4
Papier	8,2	4,1	3,4	3,1	2,8	3,2
Nahrungs- u. Genuss- mittel	8,4	12,4	9,4	8,8	12,8	9,4
Spielwaren, Blumen u. w.	23,1	16,7	19,6	17,1	13,1	15,0
Sonstige Industrien	17,0	10,1	15,4	17,0	9,4	14,8
Keramischer Bund ins- gesamt	18,5	8,9	12,6	11,8	7,9	11,0
a) Porzellan	6,2	5,4	5,9	5,7	4,5	5,2
b) Glas	9,0	7,0	8,8	9,1	7,8	8,9
c) Grobkeramik u. Baustoffe	19,7	18,7	19,6	16,1	15,1	16,0

Von je 100 Mitgliedern arbeiteten verkürzt:

	Ende Januar 1928			Ende Februar 1928		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiter-Verband insgesamt	2,5	4,0	2,8	2,0	2,4	2,3
In der Industriegruppe:						
Chemie	1,9	5,8	2,7	1,7	4,6	2,8
Papier	0,8	1,4	0,9	0,7	1,3	0,8
Nahrungs- u. Genuss- mittel	2,7	2,4	2,3	2,2	1,4	2,0
Spielwaren, Blumen u. w.	14,9	12,7	13,8	10,9	11,1	11,0
Sonstige Industrien	1,5	2,6	1,8	2,2	2,6	2,3
Keramischer Bund ins- gesamt	3,0	3,8	3,1	2,3	3,0	2,4
a) Porzellan	3,0	5,9	6,0	4,3	4,2	4,3
b) Glas	2,8	1,4	2,4	3,2	2,3	2,1
c) Grobkeramik u. Baustoffe	1,9	0,8	1,7	0,9	0,5	0,9

Hast alle Industriegruppen unseres Verbandes weisen eine
Verbesserung des Beschäftigungsgrades auf. Am stärksten tritt
dieses in der Spielwaren-Industrie, in der Gruppe
Grobkeramik und in der keramischen Industrie in Er-
scheinung. Die gunstige Arbeitsmarktlage hat noch immer die
Papiererezeugungs-Industrie mit 3,2 v. H. die
Porzellan-Industrie mit 5,4 v. H. Arbeitslosen. Dann
folgt die chemische Industrie mit 5,4 v. H. Aus der Gruppe
Grobkeramik werden Vorarbeiten für den Kampagne-
beginn in der Ziegel-Industrie gemeldet. In den übrigen
Baustoff-Industrien ist der Beschäftigungsgrad verhältnismäßig
gunstig.

In der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit steht
Württemberg und Baden mit 4,9 v. H. und Württemberg mit
5,9 v. H. Arbeitslosen am günstigsten. Dann kommen Schlesien
mit 6,3 und Brandenburg einschließlich Berlin
mit 6,7 v. H. Die ungünstigsten Verhältniszahlen haben Ost-
preußen mit 18,8, Württemberg mit 15,4 v. H. und Han-
nover mit 19,8 v. H. Arbeitslosen. Diese Bezirke werden ins-
besondere von dem jahreszeitmäßigen Daniederliegen der Bau-
stoffindustrien stark beeinflusst.

Wem nutzen die billigen Viehpreise?

Der Landwirt bekommt zurzeit verhältnismäßig wenig für
sein Vieh. Namentlich die Schweinepreise sind außerordentlich
niedrig. Auf der anderen Seite merkt der städtische Verbraucher
von dieser Preisentwicklung verhältnismäßig wenig. Wie sich die Preis-
verhältnisse am Viehmarkt gestaltet haben, zeigt eine Gegenüber-
stellung der jetzigen Preise mit denen der Vorkriegszeit.

Berliner Viehmarktpreise für ein Pfund Lebendgewicht:

	Ende 1913	10. März 1928
Rinder	0,33—0,54 RM	0,20—0,60 RM
Fälber	0,48—0,76 RM	0,35—0,34 RM
Schafe	0,31—0,49 RM	0,30—0,62 RM
Schweine	0,52—0,58 RM	0,49—0,55 RM

Die Viehpreise liegen teilweise unter denen der Vorkriegs-
zeit. Nimmt man demgegenüber die Kleinhandelspreise, so ist
von einem Preisnachlass nichts zu merken. Zurzeit kostet in
Berlin im Durchschnitt mehr als 1913: Rindfleisch 27 v. H.,
Kalbfleisch 35 v. H., Hammelfleisch 33 v. H. und Schweinefleisch
19 v. H. Viehhändler und Wadenhändler teilen
sich hier in den Ueberpreis, der von dem letzten Kon-
sumenten geleistet werden muß. Die Landwirtschaft hat von den
verhältnismäßig hohen Ladenpreisen wenig. Wird das zollfreie
Gefrierfleischkontingent herabgesetzt, so wird sich an diesem Miß-
verhältnis wenig ändern, aber die Preise werden noch weiter
in die Höhe gehen, d. h. der Verdienst der Viehhändler und
der Schlächter wird weiter wachsen. Es ist absolut nicht ein-
zusehen, wie sich diese Preise weiter bereichern sollen, während
die Landwirtschaft und die Verbraucher das Nachsehen haben.

Altersstar oder Glasmacherstar.

Der seit Jahrzehnten von den Gewerkschaften geführte
Kampf zur Anerkennung der gewerblichen Berufskrankheiten als
entschuldigender Unfall wurde durch die Verordnung
über Entschädigung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten vom 12. Mai 1925 zu einem gewissen Schluß
gebracht. Die Höhe der durch diese Verordnung anzuerkennenden Be-
rufskrankheiten ist jedoch noch unklar, und zweifelsfrei bringt
die Verordnung die Anerkennung des Glasmacherstars als Berufskrankheit,
wobei in der Praxis, wie an dieser Stelle schon öfters er-
wähnt wurde, ein großer Mangel an Ungerechtigkeiten geführt hat.
Die Berufsgenossenschaften bekämpfen in den meisten Fällen, wo
einmal ein Glasmacherstar zu verzeichnen ist, daß die Krank-
heit schon vor Inkrafttreten der Verordnung vorhanden ge-
wesen ist, und deshalb die Entschädigung abgelehnt werden mußte.
Es herrschen Fälle vor, in denen ausdrücklich die Star-
krankheit erst nach Inkrafttreten der Verordnung eingetreten
ist, während die Berufsgenossenschaft sich der Entschädigung
weigert, weil sie annehme, daß die Krankheit vor Inkrafttreten
vorhanden sei. In der Praxis ist es daher zu erwarten, daß
die Berufsgenossenschaften bekämpfen in den meisten Fällen, wo
einmal ein Glasmacherstar zu verzeichnen ist, daß die Krank-
heit schon vor Inkrafttreten der Verordnung vorhanden ge-
wesen ist, und deshalb die Entschädigung abgelehnt werden mußte.
Es herrschen Fälle vor, in denen ausdrücklich die Star-
krankheit erst nach Inkrafttreten der Verordnung eingetreten
ist, während die Berufsgenossenschaft sich der Entschädigung
weigert, weil sie annehme, daß die Krankheit vor Inkrafttreten
vorhanden sei.

Der Berufsgenossenschaft gelang es jedoch durch ein Gut-
achten ihres Vertrauensarztes, welches nur auf den Wahr-
scheinlichkeitsbeweis gestützt ist, den Glasmacherstar als Altersstar an-
zuerkennen.
Da es bekanntlich nicht so einfach ist, die Gutachten der Ver-
trauensärzte der Berufsgenossenschaften ohne weiteres an-
zuerkennen, ist es für den vorliegenden Fall um so erfreulicher, daß
dies gelang, und dem Kläger nach Beendigung der Krankentafel-
leistungen aus Anlaß der gewerblichen Berufskrankheit (Glas-
macherstar) eine Unfallrente von 60 Prozent der Vollrente ge-
währt wird und er an außergerichtlichen Kosten 10 M. erhält.
Aus den Gründen der Spruchkammer sei folgendes an-
geführt:
Der Kläger leidet angeblich seit dem 29. Juli 1926 an einer
Berufskrankheit (Glasmacherstar), die sich in den letzten Monaten
so stark verschlimmert habe, daß er auf beiden Augen fast blind
sei. Nach einem Gutachten des Augenarztes Dr. N. in Dötting
vom 21. 10. 26 leidet der Kläger mit über 50prozentiger Wahr-
scheinlichkeitskraft an einem reinen Altersstar beider Augen. Beide
Augen zeigen fortschreitende Trübungen, ohne daß die hintere
Bühnenwand besonders betont wäre.
Durch Bescheid der Beklagten vom 10. 11. 26 wurde der An-
spruch des Klägers auf Entschädigung aus Anlaß der angeb-
lichen Berufskrankheit abgelehnt, weil es sich bei dem Kläger
um keine Berufskrankheit (Glasmacherstar), sondern um einen
Altersstar handle.

Gegen diesen Bescheid hat der Kläger rechtzeitig Berufung
eingelegt. Auf die Gründe in der Berufungsschrift wird
wiedergehrt.

Die Beklagte hat Abweisung beantragt.
In der mündlichen Verhandlung der Spruchkammer
vom 26. 2. 27 hat sich der Gerichtsarzt nach Untersuchung des Klä-
gers gutachtlich wie folgt geäußert:
Der Fall kann durch Untersuchung im Termin nicht
ausreichend geklärt werden, scheint mir bei dem noch nicht allzu
gerückten Alter des Mannes, und der immerhin möglichen
Veranlassung durch Berufskrankheit noch der Klärung nach
ein weiteres sachverständiges Gutachten zu bedürfen. Ich empfehle
Begutachtung durch den Augenarzt Herrn Dr. M. Görlitz,
den Patienten an seinem Star operieren zu lassen.
Es wurde daraufhin beschloffen, den Kläger durch
Augenarzt Dr. M. Görlitz, daraufhin untersuchen und be-
achten zu lassen, ob es sich bei ihm um einen Glasmacher-
Altersstar handle.

Nach dem Gutachten des Augenarztes, Dr. M. Görlitz,
vom 15. 11. 27, wurde der Kläger dem Gutachter am 23. 8. 26
Dr. B. in Rauscha überwiesen. Bei der damaligen Untersuchung
hatte der Kläger fortschreitenden Star des linken Auges mit ei-
ner Sehschärfe von 5-20. Es waren bereits die Trübungen
des linken Auges durch genaue Feststellungen, ob es sich um ein
oder Glasmacherstar handle, nicht mehr zu machen waren. W-
sich auch nach dem Befunde am linken Auge nicht mehr
Sicherheit feststellen ließ, ob es sich bei dem Kläger um ein
Glasmacher- oder Altersstar handle, so ist Gutachter doch auf Grund
der Linsenveränderungen am rechten Auge des Klägers, die
beobachtet er längere Zeit Gelegenheits hatte, zu der Ueberzeu-
gung gekommen, daß nicht nur die Linsenveränderungen,
rechten Auge, sondern auch die des linken Auges durch die
Trübungen des Klägers als Glasmacherstar hervorgerufen
wurden; denn die Kerntrübung und die Abhebung der vorderen
Glasmasse an der rechten Linse sprechen nach der Ansicht
Gutachters für die Annahme eines Glasmacherstars. Inso-
fern muß sich Gutachter auf den Standpunkt stellen, daß der
Kläger wegen Glasmacherstar beider Augen eine
Rente zu steht. Da die Sehschärfe des rechten Auges infolge
Fortschreitens der Linsenveränderung allmählich immer mehr
genommen haben wird, und das linke Auge staroperiert wor-
den ist, schlägt Gutachter eine Rente von 60 Prozent vor.

Beklagte hat abermals Abweisung beantragt. Sie hat
Gutachten des Herrn Dr. M. Görlitz, dem Herrn Dr. N.
Dötting zur Kenntnis und Stellungnahme überhandt.
Dieser kommt in seinem ercenten Gutachten vom 29. 11.
auf dessen Inhalt Bezug genommen wird, zu dem Schluß, daß
es sich bei dem Kläger um einen Alters- und nicht um ein
Glasmacherstar handle.
Es war, wie gesehen, zu erkennen.
Die Spruchkammer hatte ihrer Beurteilung das sach-
verständliche Gutachten des Augenarztes Dr. M. in Görlitz vom 15. 11.
zugrunde gelegt, und danach entgegen dem Gutachten des Dr.
N. in Dötting die Ueberzeugung gewonnen, daß das bei dem
Kläger bestehende Augenleiden als entschuldigende Berufskrankheit
Glasmacherstar (Glasmacherstar) im Sinne der Verordnung über
Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten
vom 12. 5. 25 abzusehen ist, zumal Dr. M. in Görlitz,
den Kläger längere Zeit beobachtet und operiert, und somit in
Lage sein muß, beurteilen zu können, daß sich der Kläger
Glasmacherstar in seinem Beruf als Glasmacher zugezogen hat.
Da im übrigen auch der Glasmacherstar bei dem Klä-
ger nach Inkrafttreten der vorstehend aufgeführten Verordnung
Erscheinung getreten ist, ist dieselbe entschuldigend anzuerkennen.
Der Bescheid der Beklagten vom 10. 11. 26 war daher ab-
zuheben und dem Kläger nach Beendigung der Krankentafel-
leistungen aus Anlaß der gewerblichen Berufskrankheit (Glas-
macherstar) entsprechende Entschädigung des Herrn Dr. M. in
Görlitz, eine 60prozentige Unfallrente zuzusprechen.

Vorliegende Entscheidung setzt, welche Schwierigkeiten
Nerz der Berufsgenossenschaft machen in der Frage: Glas-
macherstar oder Altersstar. Es empfiehlt sich deshalb, daß ein
Glasmacher, welcher an Star erkrankt, sich umgehend in die
Behandlung eines tüchtigen Augenarztes begeben und von dem-
selben, unter Voraussetzung, daß es Glasmacherstar ist, so-
gutachtlich bescheinigen zu lassen, daß es sich nach Aufstufung
dieses Arztes nur um Glasmacherstar handeln kann.

Macht sich die Starkrankheit nur auf einem Auge bemer-
ken, und wird die Behandlung in die Länge gezogen, so empfiehlt
es sich, auch in diesem Falle durch angrenzliches Gutachten
sachverständigen, daß es sich um Glasmacher- und nicht um Alters-
star handle. Solche Gutachten des Arztes, der den Verletzten
querit behandelt, werden in der Rechtsprechung der Reichsbe-
rufsgenossenschaft allgemein anzuerkennen sein. Jedem Glas-
macher, welcher die geringste Anzeichen einer Starkrankheit be-
merkt, kann nur geraten werden, sich sofort in angrenzliches
Untersuchung und Begutachtung zu begeben.
Arbeitersekretär Paul Görtner, Görlitz.

Schutzverbandslogik.

Als wir vor nunmehr einem Jahre den Reichsverband für
Weißglasindustrie geschaffen hatten, traten wir auch mit der
Wünsche an den Schutzverband heran, die Löhne einheitlich zu
gestalten. Unser Grund dazu lag auf rein wirtschaftlichem Ge-
biet. Uns ist und war bekannt, daß der Schutzverband einige
Maßen geschlossen ist, wenn es gilt, Arbeiterforderungen abzu-
wehren; aber sowie es sich um das Ergattern von Aufträgen
handelt, daß kann von einer einheitlichen Industrie nicht mehr
geredet werden kann. Preisunterbietungen, Preisrückführungen
und an der Tagesordnung. Bei den Verhandlungen in Sach-
wurde uns gesagt, wir sollten doch erst nach Schließen der
die schließliche Industrie wäre nicht mehr konkurrenzfähig. In
anderen Gruppen hieß es, daß die Thüringer Plankglasindustrie
den Markt ruinieren. Ein Industrieller schimpft auf den anderen.

Daß ein solcher Zustand für eine Industrie schädigend ist
steht außer Frage. Preisabbau soll sein, aber nicht ein will-
kürlicher unorganisierter. Preisabbau soll erfolgen durch
bessere Organisation der Betriebe, nicht durch Schmutz-
kurrenz, die auch jene Artikel auf den Markt bringen, die nicht
Konsumartikel der breiten Masse sind.

In dieser Erkenntnis lagten wir uns, daß wir verstanden
wollen, wenigstens einen Faktor zu solcher Konkurrenz aus der
Welt zu schaffen. Gewiß ist damit nicht alles getan; es bleibt
noch genügend andere Faktoren übrig, die den einen Betrieb
konkurrenzfähiger machen als den anderen. Aber in etlichen
konnte Abhilfe geschaffen werden.

Die von uns geschilderten Mißstände sind natürlich auch der
Schutzverband und der reinwirtschaftlich aufgelegenen Verein-
igung Wirtschaftlicher Korbwarenindustrie bekannt und sehr un-
angenehm. Aus dieser Kenntnis der Dinge heraus, glauben wir
annehmen zu dürfen, daß unsern Anträge auf Vereinheitlichung
der Löhne, zum mindesten für Sacharbeiter und Sachhilfsarbeiter
weitgehendes Verständnis entgegengebracht werden würde. Aber
wir hatten und schwer getäuscht; der Schutzverband wollte keine
Einheitlichkeit, wollte keine zentralen Verhandlungen. Und in-
zogen wir von Bezirk zu Bezirk, und wenn die Vertreter des
Schutzverbandes in dem einen Bezirk auf die schlechteren Löhne
abzuweichen, so traten sie in diesen Bezirken und entgegen den
den Erklärungen, daß aus diesem oder jenem Grunde die In-
dustrie nicht in der Lage seien, sich den Löhnen der höher-
stehenden Gruppen anzupassen. Nun, wir haben in keinem
Artikel über Löhne nehmen können; unser Kontingentsvertrag
hat uns keine Lehre über Löhne geben können, trotzdem ob-
vielleicht deswegen konnten wir die vom Schutzverband an-
gewandte Methode nicht verstehen.

Die Folge der bezüglichen Verhandlung und die vielleicht in diesen einzelnen Fällen mangelnde wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit einiger Schlichter, waren es, die ein bantes Bild der Entlohnung schufen und damit das Durcheinander in der Weichglasindustrie noch vergrößerten.

Auf Verlangen des Schlichterverbandes wurde die Bestimmung des § 7a geschaffen, die da sagt, daß die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen in besonderen Lohnstufen für die einzelnen Fachgruppen und Bezirke gesondert festzusetzen sind.

In diesem Jahre haben wir nun, entsprechend den Bestimmungen des Mantelvertrages, gesonderte Lohnforderungen an die einzelnen Gruppen eingereicht. Bei der Aufstellung der Forderungen haben wir wieder auf Einheitslichkeit in der Entlohnung der Facharbeiter gesehen. Diese wirtschaftlich vernünftige und für die Weichglasindustrie so außerordentlich notwendige Sache fand wieder kein Gehör bei den Wirtschaftsgesellschaften im Schlichterband. Es ist spazig, immer wieder bei einer großen Anzahl von Unternehmern die Ueberhebung zu beobachten, mit der sie der Arbeiterschaft jede Kenntnis von wirtschaftlichen Dingen absprechen, und dann damit in Vergleich zu stellen die Art, auf Kosten der Arbeiterschaft den Eigenmut einzelner Betriebsinhaber und Direktoren zu fördern. Am liebsten möchte man sich untereinander anfreßen, und wenn man dabei die angepörrte Arbeiterschaft gänzlich auf den Hund bringt. Das ist die wirtschaftliche Vernunft in der Weichglasindustrie. Wir wissen, daß eine größere Anzahl Herren im Schlichterband über die geschiederten Dinge ebenso denken wie wir, aber sie sind zur Ohnmacht verurteilt; triumphieren können die, die nicht die Inhaberschaft als Ganzes betrachten, sondern nur ihr Werk. Augenblicks- und Kirchturmpolitik haben die Macht.

Der Schlichterband hatte seine Gruppen angewiesen, in diesem Jahre nicht hütlich zu verhandeln. Die Taktik wurde gewechselt, zentrale Verhandlungen wurden verlangt. Als wir ablehnten, erfolgte der Marsch des Reichsarbeitsministeriums. Verhandlungen fanden statt; der Schlichter konnte den Vertrag nicht besiegeln. Er machte folgenden Vorschlag:

- 1. Ueber die Lohnregelungen wird zukünftig für die einzelnen Bezirke zentral unter den Parteien verhandelt.
2. Im Falle der Nichteinigung bilden die Parteien eine tarifliche Schlichtungsstelle, für die die Bestimmungen über Tarifschiedsgerichte vom 11. Juli 1927 unter 4, Abs. 1 und 2, Abs. 1 maßgebend sein sollen. Diese Schlichtungsstelle gibt über jeden Bezirk, in dem Lohnstreit besteht, einen besonderen Schiedspruch ab. Erklärungsfrist der Parteien zu diesem Vorschlag am 20. März.

Dieser Vorschlag des Schlichters, Herrn Bauer, gab noch einmal die Möglichkeit, wenigstens an einer Stelle zu verhandeln und so allmählich zu einem Ausgleich der Löhne zu kommen. Aber der Vorschlag war zu vernünftig, die Arbeitnehmer stimmten wohl zu, der Schlichterband lehnte ab. Die Verhandlung der Ablehnung geht aus folgendem Schreiben an den Schlichter hervor:

Wir hatten bei der diesmahligen Lohnbewegung die ernsthafte Absicht, den von den Gewerkschaften bisher immer so nachdrücklich vertretenen Gedanken einer zentralen Verhandlung für unsere Bezirkegruppen näher zu treten. Diese Absicht ist durch die plötzliche Sinnesänderung der Gegenseite vereitelt worden. Nachdem auf diese Weise die Möglichkeit einer wirklichen zentralen und einheitlichen Behandlung der Lohnfrage zerfallen ist, sehen wir uns nicht in der Lage, diesem Gedanken auf halbem Wege, wie es Ihr Vorschlag bedeuten würde, näherzutreten — abgesehen davon, daß diesem Vorschlag, soweit er auf eine Dauer-einrichtung eines solchen Tarifschiedsgerichts für unseren gesamten Verband abzielt, auch statutarische Bedenken aus unseren Satzungen entgegenstehen.

Es ist kein Ding zu dum, es findet doch sein Publikum; aber diesmal blühte sich das Publikum auf Mitglieder des Schlichterbandes beschränken.

Wir wiederholen: Im Vorjahr forderten wir zentrale Verhandlungen, der Schlichterband lehnte ab, auf seinen Wunsch wurde der Tarifvertrag für Bezirksverhandlungen ausgebaut.

In diesem Jahre wollen wir nach dem Vertrage handeln. Der Schlichterband will wieder anders und behauptet, die Gewerkschaften haben ihren Sinn geändert. (Sonderbare Logik.)

Seit Jahren predigt der Schlichterband den Gedanken des Tarifamts, jetzt plötzlich stehen dem Satzungsbedenken entgegen. Was soll man dazu sagen? Wir sind einfach platt! Wir freuen uns auch über schöne Geschichten; aber die Geschichten aus dem Wiener Wald von Strauß sind uns doch wohlklingender, als die Geschichten aus Dresden-W., Bernhardtstr. 35.

Der Brief.

Von Chaiama Doiciki

Im modernen Japan gibt es zahlreiche literarische und künstlerische Schulen, die in Deutschland noch wenig bekannt sind. Eine der interessantesten davon ist die „Nippona Senjin“ (Künstlerfront), eine Gruppe revolutionärer Schriftsteller, zu der auch Chaiama Doiciki gehört, der Verfasser der folgenden Erzählung.

Matsudo Jodzo war in einer Zementfabrik mit dem Reifen von Rädern beschäftigt. Er brach ein Rad auf und ließ den Zement in Risten laufen. Die Maschine erlachte die Risten und leitete den Zement auf einem Laufband fort. Die Maschine wartete auf den Mann, und Tag für Tag hand Matsudo mit seiner Schaufel inmitten der Risten, Risten und des Laufbandes der Maschine. Während es Stunden stand er in einer Wolke von Zementstaub.

Matsudo Jodzo war ein einfacher Arbeiter. Und während der eintönigen Arbeitszeit hatte er nur den einen Wunsch: keine Nase von dem Staub zu schmeuzen. Kopf, Schultern, Hände, Schürhaken und Augenbrauen von Matsudo Jodzo waren mit Zementstaub bedeckt. In seiner Nase wurde der Staub hart wie Eisenbeton. Er hätte sich immerzu schmeuzen müssen, aber die Maschine freite zehnmal in der Minute, schnappte unaufhörlich Risten und Risten — die Maschine konnte nicht warten. Es fehlte dem Arbeiter an Zeit, die Hände an die Nase zu führen. Die eintönige Arbeitszeit wurde durch eine Pause von einer halben Stunde unterbrochen, um eine Handvoll Reis zu verschlingen, und von zehn Minuten Pause alle drei Stunden; aber diese Zeit reichte gerade, um den Reis hinunterzuwürgen und die Maschine zu putzen. Es blieb nur ein kurzer Augenblick zum Ausrufen, aber nicht zum Schlafen, der sich des eifernen Körpers des Arbeiters bemächtigt hatte, anstauete. Seine Hände waren angefeuchtet, so daß er die Nase nicht anfassen konnte. So drang der Zement durch die Nase in die Lunge und dadurch in das Blut seines Körpers.

Und so war es jeden Tag. So war es auch heute. Matsudo Jodzo war ein ganz einfacher Arbeiter. Als er heute den Zement in die Riste und von da auf das Laufband schüttete, entdeckte er in dem Hob eine Kaffette. „Sonderbar!“ dachte Jodzo. „Aber es blieb keine Zeit, darüber nachzudenken. Die Maschine wartete nicht.“

Er hob die Kaffette auf. Sie war leicht. Er steckte sie vorn in die Tasche seines Schürzes und schickte keine Arbeit fort. Die Maschine lief unaufhörlich. Der Arbeitstag ging weiter. Jodzo vergaß nicht, daß die Kaffette Geld enthielt. Er vergaß sie, während er die Risten, die zu ihm hinabrollten, öffnete. Bei Anbruch der Nacht endete die Arbeit. Der Beton war fertig, die Maschine lief leer. Matsudo wusch sich Gesicht und

Arbeiterklub in der Glasindustrie.

In der Starcke des Kollegen Adolf Hauck fällt das Überversicherungsamt Dresden folgendes Urteil: Nr. 11 Glas 27.

Im Namen des Volkes!

In der Unfallversicherungskasse des Adolf Hauck, Neu-Sörnnewitz b. Meissen, vertr. durch Emil Girbig, Berlin-Charlottenburg

gegen

die Glasberufsgenossenschaft in Berlin Veklagte hat das Oberversicherungsamt Dresden, Sprachkammer III, in der Sitzung vom 11. Februar 1928, an der teilgenommen haben

als Vorsitzender:

- Regierungsrat Dr. Fehrmann;
als Beisitzer aus dem Kreise der Arbeitgeber:
Baumeister Hermann Wacht, Dresden;
als Beisitzer aus dem Kreise der Versicherten:
Moritz Keller, Dresden

nach mündlicher Verhandlung für Recht erkannt:

Der Bescheid vom 20. April 1927 wird aufgehoben und die Veklagte wird verurteilt, unter Anerkennung der Starckerkrankung als Berufskrankheit dem Kläger vom Tage nach Wegfall des Krankengeldes eine vorläufige Rente von 30 Proz. zu gewähren. An außergerichtlichen Kosten sind 1,10 RM zu erstatten.

Tatbestand und Gründe:

Der 1867 geborene Kläger leidet an einer Starckerkrankung der Augen. Er ist seit etwa 10 Jahren als Glasmacher tätig. Wegen der Starckerkrankung ist er operiert worden. Nach Untersuchung in der Heilanstalt für Augenkrankheiten in Leipzig (Bl. 8 1927 ab.) lehnte die Veklagte Entschädigung mit Bescheid vom 20. 4. 1927 ab. Sie verneint das Vorliegen einer Berufskrankheit, denn der Star sei Altersstar, nicht Glasmacherstar. Auf die rechtzeitige Verurteilung zog das Gericht ein Gutachten von Augenarzt Dr. Weis bei (Bl. 5 1927), die Veklagte ein weiteres Gutachten der Augenheilkunde Leipzig (Bl. 10 1927).

Die Veklagte ist nur dann zur Rentenzahlung verpflichtet, wenn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Augenkrankung des Klägers Glasmacherstar ist, und die Erkrankung nach dem 31. Dezember 1924 entstanden ist. (Verordnung vom 12. Mai 1925.)

Diesem Beweis sah das Gericht nach dem Gutachten des Dr. Weis als erbracht an. Wenngleich in den Ausführungen der Heilanstalt für Augenkrankheiten in Leipzig dargelegt wird, daß anzunehmen sei, daß es sich beim Kläger um Altersstar handle, so konnte doch diese Möglichkeit allein nicht die Bestätigung der Veklagten anschlüssen. Da es sich bei dem Kläger um einen Arbeiter handelt, der bereits seit etwa 10 Jahren vor dem Glasma-chen tätig ist, muß mit bei weitem größerer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die Erkrankung Glasmacherstar ist, zumal der Unterschied zwischen grauem Star bei Glasmachern und Altersstar kaum feststellbar ist, und die Ansichten der Ärzte überhaupt auseinandergehen, ob es möglich sei, diese beiden Stararten voneinander zu trennen. Dr. Weis führt aber in seinem Gutachten überzeugend aus, daß es viel wahrscheinlicher sei, daß die Schädigung der Lichtstrahlen des glühenden Ofens in einem Zeitraum von 10 Jahren einen Star zur Entstehung gebracht hat.

Da als Beginn der Erkrankung der 18. Januar 1927 anzunehmen ist, war zu erkennen wie gesehen.

Da die Veklagte unterlag, waren ihr auch die außergerichtlichen Kosten aufzuerlegen.

gez. Dr. Fehrmann.

Gelsenkirchen-Schafte.

Ein jähbewegter Arbeiter ist der Partner des fleißigen Arbeitgebers, denn er vergöhert mit das Gehalt und damit auch die Arbeitsgelegenheit. Aber er muß anständig behandelt und bezahlt sein, um sorgenfrei leben zu können. So schreibt „Kord“ in seinem Werk.

Diese Erkenntnis und Tatsache sollte sich so mancher Arbeitgeber, besonders aber auch die gegen Entgelt, also Gehalt, verpflichteten Stellvertreter zu eigen machen. Leider ist noch so sehr häufig zu verzeichnen, daß gerade die besser entlohten Be-

trahentler und betriebsstehtige Lektoren jede Beurteilung der Arbeiterphäre vernichten lassen.

Patentiert es doch des Klären, daß in der Glasindustrie... Faktor der technische Direktor Dr. Hermann einen anderen als den für Arbeiter notwendigen Ton anschlägt und so Zeugnis von einer ganz besonderen Ahrberstube und Selbstsucht ablegt.

§ 7 der dort herrschenden Arbeitsordnung besagt: Die Vorgelegten sind zu einer ruhigen und geordneten Behandlung der Arbeiter verpflichtet und dürfen einen Tadel nur in sachlicher, nicht verlebender Form aussprechen.

Wenn aber nunmehr 3 Mann leisten, was bisher 1 Mann geleistet haben, auf Grund dieser Leistung verlangen, den Achtstundentag, welcher tariflich festgelegt ist, auch ihnen zu gewähren, so sollte es etwas wohlwollend geprüft werden. Statt so zu verfahren, besteht es dieser Direktor, die bei ihm vorstelligwerdenden Arbeiter zu stören, anzubrühen, Lumpen und sonst wie zu beschimpfen.

Er gestattet sich auch im Beisein anderer, dem so angerempelten und sich um sein Recht kümmernden Arbeiter zu lächeln und brotlos zu machen. Das macht der Mann, der den § 7 mit Entwürf und der als erster die Pflicht hätte, mit gutem Beispiel seinen Mitarbeitern voranzugehen.

Deermann wird, wenn er auch auf seine akademische Ausbildung stolz ist und noch so oft sagt, „auf die Gewerkschaften sch... ich“, wohl nicht imstande sein, die für die Arbeiterschaft so notwendige und durch sein Verhalten nur weiter fortgeschreitende Ernämigung der Veklagte aufhalten zu können.

Nur die Arbeiterschaft aber gilt der Spruch: „Dulde oder schlage — damit du aber nicht geschlagen wirst — schlage!“

Schmiedefeld.

Die Glashütte N. O. in Neuwerk bei Schmiedefeld (Kr. Schleusingen) hat die gesamte Belegschaft gekündigt. Bereits eine Woche vorher hatte die Firma 50 Kollegen und Kolleginnen mit der Kündigung „beglückt“. Jetzt werden insgesamt über 200 Arbeiter und Arbeiterinnen von der Kündigung betroffen. Die Firma war seit langer Zeit in Schwierigkeiten und konnte die Mittel zur ordentlichen Führung des Betriebes nicht beschaffen. Dazu trat, daß die Glashütte abseits des Verkehrs liegt und alle Rohstoffe nicht nur aus großer Entfernung mit der Bahn herangeschafft und außerdem noch eine halbe Stunde von der Bahn mit Fuhrwerk weiterbefördert werden mußten. Es ist unabweislich, daß ein so großes Werk an dieser Stelle zum Ausfall kam. Nun wird es wieder heißen, die Glasindustrie wirft keine Gewinne ab, und man wird mit dem Markts von Neuwerk hantieren gehen. Wir müssen schon sagen, wenn man ein Werk in diese Wildnis hineinbaut, hat man von vornherein damit zu rechnen, daß es zum Krachen kommt. Dazu trat, daß der eigentliche Leiter fern vom Schuch, in Berlin, sitzt, und von der Leitung einer Glashütte keine großen Kenntnisse aufweisen kann. Jetzt sucht man uns vor den Augen zu schämen, und ersucht uns, das „schöne Werk“ zu übernehmen, und eine Genossenschaftsglashütte daraus zu machen. Erst den Bankrott herbeiführen und dann sollen wir das Bier ausschirren. Wir bedanken uns für eine solche Mitarbeit!

Jbbentüren.

In der Glashütte Jbbentüren drohen Differenzen auszubrechen. Die Firma ließ ein neues Ofensystem erbauen und verlangt von der Arbeiterschaft eine Vereinbarung, trotzdem sie nicht weiß, was an dem neuen Ofen verdient werden kann. Da die Hütte durch Insuperate Arbeitskräfte sucht und auch bekommt, wird die Kollegenchaft im Reich auf die bestehenden Differenzen verweisen. Arbeitsgesuche müssen auf alle Fälle an den Arbeitsnachweis, Kollegen G. Drot, Jbbentüren i. W., Glashütte 143, gerichtet werden.

Berichtigung.

Im Artikel „Tarifbewegung der Maschinenindustrie“ hat sich ein fälschlicherweise Druckschreiber im vorletzten Absatz eingeschlichen. Der letzte Satz muß heißen: Heberall dort, wo heute noch Arbeiter unorganisiert sind usw.

„Sittliche Weltordnung“... wie heißt? Wo der eine arbeitet und hungert, Der andere faulenz und speist. S. Leuthold.

mein Geliebter eine Zimmerwand in einem Hause oder die Mauer eines Gefängnisses geworden? Sie sind Arbeiter! Verwenden Sie den Zement nicht in solchen Bauten?

Schreiben Sie mir, wo mein Mann ist. Wie werde ich ihn finden? Ist er im Orient oder im Okzident? Ist er fern oder nah? Wo in dem Reich ist er und wie wird er wieder aufgefunden?

Ich schenke Ihnen ein Stück von meiner Arbeitskleidung. Diese Lumpen sind von keinem Schweiß durchtränkt, von demselben Schweiß wie der Ihre und von demselben Staub, in dem Sie arbeiten.

Matsudo verliebte das Baugelände des Elektrizitätswerks. Der Himmel verfinsterte sich. Der Kijogawa-Fluß tobte durch das Dunkel und nur der Neoyama Berg ragte schweigend aus Sternenhimmel hervor. Matsudo las den Namen und die Adresse am Ende des Briefes, als er plötzlich das Geschrei seiner Kinder über sich entgegensprangen, hörte.

Er hob den Kopf. Da sah er den gewölften Leib seiner Frau und darin kein lebendes Kind von sieben Monaten... (Mutterliebe von Helene Waffon.) („Vorwärts“.)

Geistiges Rüstzeug.

Bearbeitet und zusammengestellt von M. Abramowitzsch. (Nachdruck sowie Uebersetzung ohne Genehmigung des Verfassers verboten.)

Nationalität wird häufig in grobverstehtlicher Weise bald mit Rasse, bald mit Staat verwechselt. Wie sehr zu merkt die erste Verwechslung besteht, ergibt sich mit jeder Einzelneigenschaft allein aus der näheren Betrachtung der gesellschaftlichen Gesichtspunkte; und namentlich aus der unter dem Gesichtswinkel dieser Entwicklung vorgenommenen Gegenüberstellung von Rasse und Nationalität. In der frühesten Phase, wo die Menschen noch ein herdenartiges Dasein führten in Gruppen, die innerlich durch Bande der Blutsverwandtschaft auf das engste verknüpft, gegenseitig aber sowohl wirtschaftlich als auch durch Abstammung vollständig voneinander isoliert blieben — in jenen Urzeiten erhielten sich die Rassenunterschiede der in verschiedenen Klimas lebenden Gruppen und Stämme am reinsten und vollständigsten. Aber gerade in Bezug auf jene Zeit kann ebenfalls von der Existenz nationaler Eigenarten die Rede sein, wie wenig es jemandem einfallen würde, von der „Nationalität“ der Herde zu sprechen. In der Urzeit beinhalten sich also die Rasse auf ihrer höchsten Entwicklung, während der Bestand an nationaler Eigenart dort gleich Null ist. Ein vollständig umgekehrtes Verhältnis zueinander zeigen diese Dinge am entgegengelegten Pole der Menschheitsentwicklung — in unserer Jetztzeit. Meines der früheren Zeitalter wies ganz nur im entferntesten einen derartig hohen Grad an Ratio-

Hände unter dem Schlauch, der die Maschine mit Wasser versorgte. Um den Hals knetzte er sich das Taschentuch, mit dem er sein Fröhlichkeit eingewickelt hatte. Dann ging er mit ganz anderen Gedanken im Kopf nach Hause. Es waren nicht mehr die Alltagsorgen um gutes Essen, Trinken und Schlafen.

Nein. Er mußte recht eine neue Beschäftigung finden. Die elektrische Anlage, an der er arbeitete, ging der Vollendung entgegen.

Hoch am Himmel thronte der Berg Denahama mit seiner Schneehaube im Nebel. In seinen Höhlen schäumte und tobte der Kijogawa-Fluß. Die Natur hatte sich seit tausend Jahren nicht verändert. Die Kälte drang durch Matsudos müden Körper. Von der Erhabenheit der Natur wurde er auf nächtliche Alltagsgedanken zurückgeführt: seiner Frau stand die Entbindung des fehlenden Kindes bevor. Sie würde das Kind ohne Pflege während der strengen Kälte zur Welt bringen; sein mageres Einkommen von zwei Meß würde für den Heiß nicht reichen, und es würde ihnen noch schlechter ergehen... und... Matsudos Gedanken waren nicht die angenehmsten. Er verlor allen Mut.

Da erinnerte er sich der Kaffette, die sich in seiner Tasche befand. Er zog sie hervor und putzte sie an seiner Nase ab. Die Kaffette war fest verschlossen. Sie trug keine Aufschrift, sie hatte ein armenisches Aussehen.

Matsudo schlug sie gegen einen Stein, aber sie ging nicht auf. Matsudo fluchte. Als wenn er die ganze Welt hätte zerhacken wollen, trat er mit kräftigen Tritten mit dem Absatz auf ihr herum.

Die Kaffette flog in Stücke. Der aufgebrochenen Kaffette entnahm Matsudo ein in Lumpen gewickeltes Stück Papier.

Darunter stand folgendes: „Ich bin Arbeiterin in der Zementfabrik, ich habe Zementfäden. Mein geliebter Mann war bei der Steinmühle beschäftigt. Am 7. November, in der Frühe, als er einen schweren Stein herunterwarf, fiel er damit in die Maschine. Man hat die Maschine nicht abgestellt. Die Steine haben meinen Mann verschüttet. Die Maschine hat seinen Körper mit den Steinen zerhackt und hat ihn dann mit kleinen blauen Steinchen wieder ansäufert. Man hat die Maschine nicht abgestellt, und die Maschine hat die Stücke meines Körpers in eine andere Maschine transportiert. Und dann wurde sein Körper in Zementmahlen unter fürchterlichem Lärm in Staub verwandelt. Und kein Körper und keine Knochen und keine Seele sind zu Zementstaub geworden, er, mein Geliebter, ist zu Zement geworden. Nur noch die Lumpen seiner Arbeitskleidung, nur diese sind geblieben. Ich habe die Ueberreste aufgehoben, habe diesen Brief geschrieben und habe alles zusammen in das Hob, das Sie heute aufgegeben haben, hineingelegt.“

Sie sind Arbeiter! Wenn Sie Arbeiter sind, haben Sie Erbarmen mit mir. Lassen Sie mir eine Antwort zukommen. Ich will wissen, wo der Zement aus den Knochen meines Mannes hinkommen wird. Sind Sie Maurer oder Zimmermann? Ist

An die Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie!

Kollegen und Kolleginnen!

Unter dem Druck des Verfahrens auf Verbindlichkeits-erklärung der von uns abgelehnten Schiedsprüche, ist nun auch durch die von uns gegebene Zustimmung für Lohn- und Ueberzeitarbeit eine tarifliche Vereinbarung zustande gekommen. Durch diese Zustimmung ist das Vertragswert wieder ein einheitlich geschlossenes geworden, es besteht jetzt wieder ein Mantelvertrag, ein Lohn- und ein Ueberzeitabkommen.

Vielcs an diesem Vertragswert findet unser stärkstes Mißfallen, und wir wissen, daß auch unsere Kollegenschaft nicht damit zufrieden sein kann. Alles Mißfallen ändert aber nichts daran, daß wir nunmehr wieder einen rechtskräftigen Vertrag haben. Ohne freie Vereinbarung wäre bestimmt die Verbindlichkeits-

erklärung ausgesprochen worden, gegen die sich unsere Verhandlungsdelegation bis zum letzten Augenblick anstremte. Dieser Zustand schneidet weitere Verbesserungsmöglichkeiten ab. Auch jetzt gibt es keine Gelegenheit mehr, die vertraglichen Bestimmungen zu ändern. Jetzt gilt es vielmehr, alle im Vertragswert vorhandenen Möglichkeiten zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erschöpfen und zu diesem Zweck alle zulässigen Kräfteanstrengungen zu machen.

Wir erwarten, daß unsere Kollegenschaft dabei mit- hilft, und jeder einzelne mit erhöhter Energie bestrebt ist, unsere Organisation noch mehr als bisher auszubauen und zu festigen. Die Zentralbranchenleitung.

Die Schiedsprüche wurden Vertrag.

Die für die feinkeramische Industrie Deutschlands in Nürnberg gefällten Schiedsprüche lösten bei der Arbeiterschaft in einer Empörung und schärfsten Protest aus. Der Lohnschiedspruch mit seinen geringen Zuschlägen und langen Laufbahnen sowie die Verschlechterung des Ueberzeitabkommens vor allem sind der Anlaß zu der ablehnenden Haltung der Belegschaften, die wie die Zentralbranchenleitung auch verlangen, daß der Reichsarbeitsminister die Sprüche auf keinen Fall für verbindlich erklärt. Deswegen landeten eine ganze Anzahl Zahlstellen Projekte an das Reichsarbeitsministerium und verlangten die Genehmigung zum Kündigen und schärfsten Kampf. Protest erhoben: Annaburg, Elmshorn, Floss, Hermsdorf, Hirschau, Golditz, Gräfenthal, Schönwald, Schmiedeberg i. Mg., Spandau, Hüttensteinach, Köpelsdorf, Hüttengrund, Sonneberg, Neuhaus, Neustadt b. Coburg, Coburg, Rodach, Dresden, Triptis, Neuhaldensleben, Eisenberg, Marktredwitz, Plauen, Schwarz, Volkstedt, Adolfsdorf, Königsee, Garzig, Unterköbzig, Greußen, Mitterteich, Kronach, Meißen, Ebnrewitz, Selb, Hornberg, Bahreuth, Arzberg, Tettau, Neiban, Weisel, Weiden. Sicher protestieren alle Zahlstellen gegen die ungenügenden Schlichterentscheidungen, nur unterließen sie es, der Zentralbranchenleitung Mitteilung davon zu machen; denn mit den Schiedsprüchen kann keine Belegschaft zufrieden sein.

Die Bedenken gegen die Schiedsprüche in dieser Form brachten unsere Organisationsvertreter auch bei den Verbindlichkeitsverhandlungen vor, die am 28. März unter dem Vorsitz des Herrn Bauer im Reichsarbeitsministerium vor sich gingen. Dort wurde noch einmal von beiden Parteien der ganze Fragenkomplex behandelt. Der Vertreter der Arbeitgeber, Dr. Warnke, vertrat mit den gleichen Argumenten wie in Nürnberg die Forderungen seiner Partei, worauf ihm die Kollegen Apel, Karl und Kenninger die Antwort nicht schuldig blieben. Auch dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums wurden die in diesen Schiedsprüchen enthaltenen Schwirrigkeiten gezeigt, damit er den Reichsarbeitsminister informieren konnte. Von den Unternehmern war kein Entgegenkommen zu erwarten und sie zeigten auch keines; im Gegenteil, sie wollten auf die Erledigung ihres Verbindlichkeitsantrages mit dem Hinweis, im vorigen Jahr habe das Reichsarbeitsministerium in der Begründung zur Verbindlichkeit der Schiedsprüche für die feinkeramische Industrie ja selbst angeführt, die Schiedsprüche bedeuteten für sie eine schwere Belastung. Dazu dürfte nun für sie in diesem Jahr über die gefällte Entscheidung hinaus nicht noch eine weitere kommen. Herr Bauer versuchte darauf in getrennten Parteiverhandlungen nach einer Verständigung der beiden Partner, aber dies Vorhaben war zwecklos; denn die Unternehmer blieben starr auf ihrem ablehnenden Standpunkt stehen und ließen einfach davon. Anzeichen konnten sie sich das provozierende Verhalten leisten, weil die Machtverhältnisse der Reichsregierung zu ihren Gunsten stehen. Nach diesen Verhandlungen fiel jedoch noch keine Entscheidung. Für den 30. wurden noch einmal Verhandlungen angesetzt und die Parteien geladen.

Bei diesen Verhandlungen zeigte die Arbeitgeberseite, die nur durch Dr. Warnke und Dr. Guldschinski vertreten war, keinerlei Neigung, unseren Wünschen entgegenzukommen. Wir waren letzten Endes vor die Frage gestellt, die Schiedsprüche ohne jede Milderung für verbindlich erklären zu lassen, oder doch durch eine Vereinbarung noch irgendeine Verbesserung zu erreichen. Es gelang uns dann auch, eine Milderung zu erreichen, und zwar wurde die Lohn- wie Ueberzeitregelung von 13 auf 12 Monate herabgemindert, so daß beide Vertragsteile zum 31. März 1929 nach vorheriger Kündigungs zum Ablauf gebracht werden können. Bei der Sachlage, entweder Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche mit einer Laufdauer von 13 Monaten, oder Zustimmung zu den Schiedsprüchen mit einer herabgesetzten Laufdauer von 12 Monaten, entschieden wir uns für das letztere, weil dadurch für unsere Kollegen ein sonst nicht zu umachender Nachteil vermieden worden ist.

Dadurch ist für die feinkeramische Industrie ein einheitliches Tarifvertragswert geschaffen worden. Es liegt nun bei unserer Kollegenschaft, die tariflichen Bestimmungen in allen Betrieben restlos zur Durchführung zu bringen.

Lohntafel A
ab 1. April 1928

nach dem Schiedspruch vom 15./16. III. 1928.

Facharbeiter:	Groß- Berlin	A	B	C
im 1. Jahr nach beend. Lehrzeit . . .	53	47	43	42 Wfa.
bis 20 Jahre . . .	64	58	52	50 "
von 20 bis 24 Jahren . . .	75	67	61	58 "
über 24 Jahre . . .	81	74	68	64 "
Altordba en . . .	101	93	88	80 "
Sonstige Arbeiter:				
von 15 bis 16 Jahren . . .	30	26	23	22 "
" 16 " 18 . . .	45	41	37	35 "
" 18 " 20 . . .	55	50	44	43 "
" 20 " 24 . . .	64	58	53	52 "
über 24 Jahre . . .	73	64	58	57 "
Altordbasen . . .	91	80	73	71 "
Facharbeiterinnen:				
im 1. Jahr nach beend. Lehrzeit . . .	32	30	26	24 "
bis 20 Jahre . . .	41	36	33	31 "
über 20 . . .	50	44	40	39 "
Altordbasen . . .	63	55	50	49 "
Sonstige Arbeiterinnen:				
von 15 bis 16 Jahren . . .	20	18	17	17 "
" 16 " 18 . . .	30	28	25	21 "
" 18 " 20 . . .	35	32	30	28 "
über 20 Jahre . . .	44	40	35	34 "
Altordbasen . . .	55	50	44	43 "

Lohntafel B

ab 1. April 1928

nach dem Schiedspruch vom 15./16. III. 1928.

Facharbeiter:	Groß- Berlin	A	B	C
im 1. Jahr nach beend. Lehrzeit . . .	61	54	50	48 Wfa.
bis 20 Jahre . . .	71	65	61	57 "
von 20 bis 24 Jahren . . .	88	76	70	65 "
über 24 Jahre . . .	96	85	79	74 "
Sonstige Arbeiter:				
von 15 bis 16 Jahren . . .	32	29	26	24 "
" 16 " 18 . . .	50	44	40	39 "
" 18 " 20 . . .	61	55	52	50 "
" 20 " 24 . . .	70	64	58	57 "
über 24 Jahre . . .	79	70	64	63 "
Facharbeiterinnen:				
im 1. Jahr nach beend. Lehrzeit . . .	35	34	31	30 "
bis 20 Jahre . . .	47	43	39	37 "
über 20 . . .	53	51	46	44 "
Sonstige Arbeiterinnen:				
von 15 bis 16 Jahren . . .	21	19	18	17 "
" 16 " 18 . . .	31	29	24	23 "
" 18 " 20 . . .	40	35	33	31 "
über 20 Jahre . . .	47	43	39	37 "

Die Lehr- und Uebernachtungsgelder für Kutscher und Begleitbetragen bei Ueberlandfahrten:
 von 3 bis 6 Stunden . . . 2,40 RM
 über 6 Stunden . . . 4,40 "
 mit Uebernachten . . . 6,00 "

Rosenthal - Wertszeitung.

Die Porzellanfabrik Rb. Rosenthal A.-G. in Berlin-Selb hielt es bekanntlich für angebracht, für die Belegschaften eines Teils ihrer Betriebe eine eigene „Rosenthal Wertszeitung“ vom Ditta-Unternehmen in Düsseldorf zu beziehen und sie an die Werksangehörigen gratis zu verteilen. Daß das Blatt von der Konzernfirma bezahlt werden muß, unterließ sie die Mittel „ihren Werksangehörigen“ auf andere Weise und wahrscheinlich auch denen, die gar keine Zeitung erhalten. Aber so kleinliche Berechnungen werden kaum angestellt werden, es wird so sein, daß die Zeitung aus dem dafür vorhandenen Umlaufkonto der Konzernwerke bestritten wird.

Die „Rosenthal-Wertszeitung“ gab in ihrem Geleitwort bekannt, alles zu pflegen, was jedem einzelnen der Werksangehörigen angeht. Personalnachrichten und Familienangelegenheiten der außerberufliche Gemeinschaft der Werksangehörigen betonen und fördern. Wir finden jedoch, daß die „Wertszeitung“ dabei manches übersehen oder auch absichtlich verläßt. Um ihr dabei beifällig zu sein, wollen wir selbst die Nachricht bringen, daß der 24 Jahre bei ihr beschäftigt gewesen Steinbruder Gustav Dorn in Selb vor etwa einem halben Jahr bei Rosenthal entlassen wurde, ohne Erfolg auf Wieder-einstellung klagte, nirgends Arbeit finden konnte und in seiner Verzweiflung selbst-Hand an sich legte. Dorn ist nicht etwa ein äußerst harter Gewerkschafter gewesen, sondern einer von den Abkömmlingen, der sich der Firma gegenüber damit brüht und darauf verwies, daß er noch keinen 1. Mai gefeiert habe. Diese Hervorhebung unternehmerischer Gesinnung bewährte ihm keineswegs vor dem kapitalistischen Vornahme, daß er als alter kranker Arbeiter in seiner Verzweiflung zum Selbstmord getrieben wurde. Das Schicksal des Dorn sollte den Unorganisierten bei Rosenthal in allen Werken zu denken geben und ihnen erkennen lassen, daß Arbeiter- und Arbeiterinnen nur durch Selbsthilfe in den freien Gewerkschaften, im Keramischen Bund Schutz und Rückhalt für ihre Person und ihre Menschrechte finden.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit auch einen Fortschritt der „Rosenthal-Wertszeitung“ feststellen. In der ersten Nummer gab es erst einmal das Prädikat Herr beim Schleifereileiter Christoph Riedl, in der Nummer 6 werden die Jubilare schon mit Herr bezeichnet, aber unter den Familiennachrichten, in denen kein Bericht von „Leren“ enthalten ist, wird nur vom Dreher, vom Formgießer, von der Glasurerin, von der Ornamentrin, von der Katharina Solfrank und der Josefine Vierl geschrieben. Wir sind nun gespannt, wenn die Familiennachrichten der Werksangehörigen Rosenthal, Köllner, Schmidt, Simon, Arndts u. a. behandelt werden, ob dann auch das gleiche „Nicht“ angewandt wird.

nationalentwicklung an, wie gerade das gegenwärtige; niemals gelangten noch die Blüten der nationalen Eigenart zu einer derartigen Entfaltung, die buntgeschiedenen Formen des nationalen Geistes zu einer derartigen Ausgeglichenheit wie in unserer Zeit. Gerade diese Gesellschaften der Neuzeit, die modernen Nationalitäten, weisen nur kümmerliche Reste von Rassenverschiedenheit auf, — und selbst diese Reste sind zunehmend im Verschwinden begriffen. Aber auch dort, wo sie in neuzeitlichen Gesellschaften noch bestehen, fallen ihre Abgrenzungen nie mit den Scheidungslinien der Nationalitäten zusammen. Jede der modernen Nationalitäten weist in ihren Grenzen eine Verquickung der verschiedensten Rassenarten auf, während andererseits ein und dieselbe Rassenart sich bei den verschiedensten Nationalitäten vorfindet. — Diese Gegenüberstellung des Verhältnisses von Rasse und Nationalität auf den entgegengesetzten Polen der Geschichtsentwicklung bezeugt also, daß diese Dinge sich innerhalb der Menschheitsgeschichte nach genau entgegengesetzter Richtung hin entfalten und folglich keine wie immer auch gearteten Berührungs- oder Anpassungspunkte miteinander haben.

Daß auch der Staat ebensowenig wie Rasse das Wesen der Nationalität bedingt, ergibt sich aus der Tatsache des Vorkommens von Nationalitätenstaaten. Nationalitätenstaat ist ein Staat, in dem verschiedene Nationalitäten nebeneinander wohnen (die Schweiz, die Tschechoslowakei, die Vereinigten Staaten Amerikas). Den ausgedrügtesten Nationalitätenstaat bildete vor dem Kriege die österreichische Monarchie. Die Nationen haben ebensowenig wie die Deutschen, Polen, Tschechen, Slowaken, von ihrer nationalen Eigenart auch nur das mindeste dadurch verloren, daß sie mehrere Generationen hindurch zusammen mit den anderen Nationalitäten in einem Staat lebten. Die großen nationalen Konflikte entstanden in dort gerade dadurch, daß die herrschende Klasse einer Nationalität sich als alleinige Herrscherin über den Staat betrachtete und diesen zum Werkzeug ihrer nationalen Vorherrschaft machte. An sich genommen ist der Staat weder nationalitätsbildend noch zerstörend. Diese Tatsache findet ihre weitere Erhellung in dem Umstande, daß das Wesen der Nationalität keinesfalls durch Grenzprobleme bedingt wird. So haben die Deutschen Oesterreichs und der Schweiz deswegen noch nichts von ihrer nationalen Eigenart eingebüßt, daß sie jeweils der Reichsgrenzen leben. An sich betrachtet ist die so sehr breitere deutschösterreichische Angehörige kein eigentliches nationales, sondern in erster Linie ein wirtschaftspolitisches Problem.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß Nationalität weder eine Rassenbestimmtheit ist, noch staatspolitisch bedingt, sondern eine durch Auswirkungen einer entsprechenden Gesellschaftsordnung entstandene, also zeitgebundene Form sozialer Eigenart ist. Der Umstand, daß Nationalität nicht von Anfang an da war, sondern erst zu einem gewissen Zeitpunkt allmählich herabgebildet, bezeugt, daß es eigentlich nur eine bestimmte Gesellschaftsordnung sein kann, die nationalitätsbildend wirkt. Eine nähere Betrachtung der Dinge zeigt, daß die nationalen Lebensformen

wie schon erwähnt, erst in unserem Zeitalter zur vollen Entfaltung gelangen und daß sie in früheren Zeiten nur dort und nur in geringem Maße zu entstehen pflegten, als sich auch damals schon Anlage einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung anwirkten. So bei den Phöniziern, bei den alten Ägyptern, bei den Juden der palästinensischen Periode, bei den Griechen und Römern im Altertum; bei Völkern, in denen die kapitalistische Wirtschaftsform (Handelskapitalismus) sich bereits bis zu einem gewissen Grade entwickelt hat. Nüchtern weist die Zeit des reinen Feudalismus in der ersten Hälfte des Mittelalters keine Spur von nationaler Eigenart auf. Das bezeugt, daß Nationalität ein Produkt kapitalistischer Wirtschafts- und Lebensgestaltung ist. In der Tat: Der im Verlauf kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung zunehmende Verkehr ruft einen immer reger werdenden Austausch sämtlicher Lebensgüter (wirtschaftlicher wie geistiger) unter den verschiedenen Gesellschaften hervor. Kraft dieses Austausches üben die kapitalistischen Gesellschaften gegenseitig einen Einfluß aufeinander aus, der für ihre Wirtschaften — für die gesamte Kulturgestaltung von entscheidender Wirkung ist. Insofern die Art, die Zusammensetzung und die Geprägtheit des von den übrigen ausgeübten Einflusses gewissermaßen für jede einzelne Gesellschaft anders. So z. B. der Einfluß der Franzosen, Polen und Engländer auf die Kulturgestaltung der Deutschen ein anderer, als jener der Polen, Franzosen und Deutschen auf die englische Lebensgestaltung; dieser wiederum — anders, als der Einfluß, den die Deutschen, Franzosen und Engländer auf die Lebensgestaltung der Polen ausüben. Dieser feste Unterschied bewirkt in jeder kapitalistischen Gesellschaft ein anderes Entwicklungstempo und somit auch eine eigenartige Zusammenlegung der für dieses Zeitalter maßgebenden gesellschaftlichen Kräfte. Denn sind es auch dieselben Elemente, die in allen modernen Nationalitäten das Wirtschaftsleben bilden: Industrie, Handel, Handwerk, Großgrundbesitz, Bankerwirtschaft, Großkapital, Mittelstand, Lohnproletariat, — so ist doch das zwischen diesen Elementen bestehende Kräfteverhältnis in jeder Nationalität anders. Aus diesem, innerhalb einer jeden Gesellschaft bestehenden eigenartigen Kräfteverhältnis geht die Eigenart ihrer Lebensgestaltung hervor — die nationale Form der kapitalistischen Zeitskultur. Nationalität ist also nie Kulturinhalt, sondern stets Kulturform. Ihrem Inhalte nach ist die heute vorherrschende Zeitskultur überall die gleiche bürgerliche Kultur, — nur kommt sie bei jeder Gesellschaft in anderer eigenartiger Weise zum Ausdruck.

Die nationale Eigenart erstreckt sich auf alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens — auf Geisteskultur wie auf Politik, auf Wirtschaft wie auf das Gebiet der sozialen Bewegungen. Sehr bezeichnend und lehrreich in dieser Hinsicht ist die Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Der Syndikalismus der französischen, der engere Trabantenismus der englischen, der starke politische Einschlag der deutschen Gewerkschaftsbewegung zeigen uns deutlich, wie sehr nationalverschieden die Formen sind, in denen sich die in ihrem sozialen Inhalte über- all gleiche Bewegung der Arbeiterklasse kundtut.

Die nationale Eigenart ist nicht meßbar. Wohl kann eine Gesellschaft sich auf einer niedrigeren Entwicklungsstufe befinden als die andere; was aber beide beiden Gesellschaften zu Nationalitäten macht, ist die Eigenart (Schlechthin, die an sich weder „höher“ noch „niedriger“ sein kann. Als zeitgemäße und zeitbedingte sind alle bestehenden und entstehenden nationalen Eigenarten der Gegenwart ebenso unumgänglich wie unentbehrlich; jede gewaltsame, künstliche Beeinträchtigung ihrer kommt einer Beeinträchtigung der Kultur und des gesamten gesellschaftlichen Lebensniveaus gleich.

Nationalismus ist die Überbewertung irgendeiner nationalen Eigenart als einer „besseren“, über der Eigenart der anderen Nationalitäten stehenden Vorseinsform. Der konsequente Nationalist, der als Deutscher glaubt, daß am deutschen Wesen die Welt zu genesen hat, als Franzose wiederum keine Eigenart nahezu vergöttert, — beachtet von der ganzen Fülle bestehender Nationalitäten eigentlich nur eine einzige — seine eigene. Folgerichtig muß er alle anderen nationalen Eigenarten als „minderwertige“ ablehnen und — im nationalstischen verstandenen Interesse der Menschheit — wünschen, daß sie alle verschwinden, sich in keine „höhere“, „wertvollere“ Eigenart auflösen. Der konsequente Nationalist ist also in seiner Stellungnahme zum nationalen Sein nur in iminimalbejahend. Der Nationalismus als Idee und Bestrebung ist aber keine „innere Angelegenheit“ einer einzigen Nationalität nur. Er wird durch die gleichen sozialen Ursachen in den bürgerlichen Kreisen aller modernen Nationalitäten hervorgerufen; er ist selbst eine internationale Erscheinung und kann nur als solche bewertet werden. Wie ist nun die letzte Auswirkung und Konsequenz des Nationalismus als internationaler Erscheinung? — Ginge es nach dem Wunsch der deutschen Nationalisten, so müßten alle anderen nationalen Eigenarten verschwinden; nach dem Wunsch der französischen Nationalisten müßte aber alle anderen Eigenarten mit Frankreich zusammen verschwinden; nach dem Wunsch der deutschen Nationalisten müßte auch die französische Eigenart verschwinden — und so weiter und so weiter. Könnte also eines Tags der gesamte in der Welt bestehende Nationalismus restlos verwinden, so würde die unmittelbare Folge dessen das restlose Verschwinden sämtlicher nationalen Eigenarten sein. Ist also der einzelne Nationalist noch minimal-national, indem er wenigstens seine eigene Nationalität bejaht, so ist der Nationalismus als Ganzes in seiner objektiven Auswirkung ausgesprochen anti-national.

Internationalität (Internationalismus) ist das Prinzip der Gleichgeltung und Gleichstellung aller nationalen Eigenarten. Sein Ausgangspunkt ist die grundsätzliche und gleichmäßige Bejahung aller bestehenden Nationalitäten. Im Gegensatz zum Nationalismus birgt der Internationalismus in sich ein Höchstmaß von Anerkennung aller nationalen Seins. Der Internationalist ist also der inneren Konsequenz seiner Gesinnung gemäß maximal-national.

Arzberg.
Die Fabrik A. G. stellte vor einigen Monaten für den Betrieb der Porzellanfabrik Schönwald in Arzberg als Direktor Herrn Kreikemeier an. Der ist nun recht eifrig und zeigt, was er leisten kann. Vor allem ist ihm daran gelegen, mehr aus dem Betrieb herauszuwickeln. Das will doch nicht immer gelingen. Ob es nun an dem Ueberseher des Direktors liegt oder an anderen Dingen, kann man als Ueberseher nicht nachweisen, jedenfalls kommt es vor, daß Ueberseher bald nach Beginn der Arbeitszeit wegen Mangel an Arbeit nach Hause gehen müssen, andere wieder verlassen dagegen erst lange nach Arbeitschluss den Betrieb. Da scheint etwas nicht zu stimmen. Mit Strafen ist er auch schnell bei der Hand, er tut das jedoch ohne Hinzuziehung der Betriebsvertretung. Inwiefern möchte er sich die ersten Sporen vor dem Arbeitsricht verdienten.

Aber kurios und wenig überlegt erscheint das Vorgehen des Genannten in sozialer Hinsicht. Er sandte nämlich folgenden Brief an die Kranken des Betriebs:

Arzberg, den 21. März 1928.

Abresse.

Um unsere Kunden prompt beliefern zu können, die heute unzureichend ihre Aufträge erteilen und die Ware innerhalb weniger Tage zu erhalten wünschen, müssen wir unser zurzeit unvollständiges Lager ergänzen. In diesem Zweck ist es notwendig, daß die volle Belegschaft beimann ist und macht sich das Fehlen eines Betriebsangehörigen unliebsam bemerkbar.

Sie sind seit 20. März 1928 erkrankt und ersuchen wir Sie ersucht mitzuteilen, wie es Ihnen geht und wann Sie soweit wieder beruht sein werden, um Ihre Tätigkeit wieder aufnehmen zu können.

Wir hoffen, daß das in wenigen Tagen der Fall sein wird.

Achtungsvoll
pp. Kreikemeier.

Ob Kreikemeier sich einbildet, er könne damit die auftretenden Krankheiten aus der Welt schaffen? Da Kranke nach einem Tag nicht wissen können, wann sie wieder hergestellt sein werden, hätte er besser getan, ihnen die Dauer ihrer Krankheit — vielleicht sechs oder zehn Stunden — vorzuschreiben; denn aus diesem Zeitpunkt ist zu entnehmen, daß er Kranke nicht länger im Betrieb entbehren kann. Mit der Tatsache, daß er stets Kranke bei einer Belegschaft von 600 Personen im Betriebe haben wird, muß sich Herr Kreikemeier schon abfinden; denn die gesundheitslichen Verhältnisse der Arzberger Porzellaner sind nicht die günstigsten, er muß deshalb auf andere Weise sehen, wie er zurecht kommt. Er müßte bedenken, daß Ueberseher nur schadet und daß Ueberlegung manchmal am Platze ist.

Kahnhütte.

In der Nacht zum 10. März starb schnell und unerwartet das älteste Mitglied der Kahnhütte, Maximilian Matthes, Meuselbach. Am 31. Dezember 1927 konnte unser Kollege Matthes auf seine 40jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zurückblicken. Seine Meuselbacher Kolleginnen und Kollegen ließen es sich nicht nehmen, ihm zu Ehren im engeren Kreise eine Jubiläumfeier zu veranstalten. In schlichten Worten ermahnte Matthes die jüngeren Kollegen, an ihrer Gewerkschaft festzuhalten und schlichte die Schwierigkeiten, mit denen er in den achtziger und neunziger Jahren zu kämpfen hatte. Viel Aufklärungsarbeit hat Kollege M. für Partei und Gewerkschaft in den 40 Jahren geleistet. Mancher alter Kollege entsinnt sich noch, wie Matthes in früheren Jahrzehnten mit dem Rudack auf dem Rücken, vollgepfropft mit Flugblättern, Sonntag für Sonntag seine geistige Post auf den Dörfern absetzte. Er war mit derjenige, der den Grundstein zur Arbeiterbewegung in unserem schönen Schwarzatal legte. Ein schweres Kitzmalen hinderte ihn später, seine Aufklärungsarbeiten in der allgemöhrten Weise fortzusetzen. In den wichtigsten Positionen der Arbeiterbewegung tat M. seine Pflicht. Infolge seiner Krankheit mußte er schon im besten Mannesalter seinen Porzellanerwerb aufgeben. Im Jahre 1911 wählte ihn die Meuselbacher Arbeiterbewegung als Kassierer in den dortigen Konsumverein. Genau wie für die Gewerkschaft und Partei, hat er auch dort seinen Posten pflichtgemäß und zur vollen Zufriedenheit der Arbeiterbewegung ausgefüllt. Plötzlich hörte sein liebevolles Herz auf zu schlagen. An seinem Grabe schillerte Kollege Stadler, Kahnhütte, in treffenden und ehrenden Worten das Wirken unseres Kollegen für Gewerkschaft und Partei. An den jüngeren Kollegen liegt es nun, das von Matthes begonnene Werk fortzusetzen und zu vollenden.
Ehre seinem Andenken!
E. S.

Teltow.

Am 19. März wurde unser Kollege Wilhelm Jakob, Porzellanarbeiter in Teltow, aus seinem arbeitsreichen Leben gerissen. Ein nicht rechtzeitig erkanntes Blinddarmlleiden wurde dem Sechzigjährigen zum Verhängnis. Sein starkes Pflichtbewußtsein fesselte ihn fast bis zum letzten Augenblick an seine Arbeit, und nur mit Mühe gelang es seinen Kollegen, ihn zu veranlassen, den Arzt aufzusuchen. Sein Leben bestand im Dienst für die arbeitende, unterdrückte Menschheit. Als sozialistischer Stadtverordneten-Vorsitzer in Teltow, Kreisratsmitglied, und als Inhaber vieler anderer Ehrenämter kämpfte er stets in vorderster Front, willensstark und lang. Seinen Teltower Kollegen wird er ein leuchtendes Vorbild bleiben. Ehre seinem Andenken!

Soziales Denken? — Ungenügend!

Wir haben schon oftmals ausgeführt, daß ein großer Teil der Arbeiter der Ziegelindustrie in ihrem sozialen Denken noch in den Anschauungen des Mittelalters festengebunden ist. Das beweisen wieder einmal die Ausführungen in der „Ziegelwelt“, Nr. 9, vom 1. 3. 1928 von Carl Hessemer jun., anscheinend Ziegelfabrikbesitzer.

In einem Artikel „Bautätigkeit und Leistungsfähigkeit der Ziegelindustrie“ polemisiert er gegen einen Artikel in Nr. 46 der „Neuen Wiesbadener Zeitung“ vom 15. 2. 1928, welcher das Thema: Ziegelproduktion und Verbrauch, sowie Facharbeitermangel in der Ziegelindustrie behandelt. In diesem Artikel beklagt der Verfasser die Stilllegung von Mühlsteinen und kommt zu der Ansicht, daß dadurch eine Abwanderung vieler Ziegelmüller in andere Erwerbszweige zu verzeichnen gewesen sei, was sich nicht wieder gut machen lasse. Auch soll es an geeigneten Kräften für den Handstrich fehlen. Aus diesen Feststellungen hat wohl der betr. Artikelschreiber die Leistungsfähigkeit der Ziegelindustrie bezweifelt. Auch hätte er die Anschauung vertreten, daß der Handstrichregel bei Erhaltung solcher Bauwerke nicht zu entscheiden sei. Das sind selbstverständliche Ansichten, die in das heutige technische Zeitalter nicht mehr hineinpassen. Wer die von den modern eingerichteten Werken hergestellten Produkte schon auf den verschiedensten Ausstellungen betrachtet haben Gelegenheit hatte, und die Einrichtungen moderner Werke kennt, wird solche Ausführungen als absurd bezeichnen. Aufschneidend ist der betr. Artikelschreiber in den Reihen der sogenannten Zimmungsmeister zu suchen, welche ja schon im Gedanken einer längst vergangenen Epoche verharren haben.

Die Anschauung, daß die Ziegelindustrie aus Mangel an geeigneten Facharbeitern nicht leistungsfähig sein sollte, wird nun von Hessemer unter Hinweis auf die erfolgte Nationalisierung widerlegt. Die Abwanderung von Ziegelmüllern in andere Berufe sei nur deshalb erfolgt, weil die Löhne nicht angehoben werden konnten, bzw. viele stillgelegt wurden. Hier ist konstatieren, daß die Ziegelindustrie deswegen nicht leistungsfähig sein sollte, zeugt nicht von sachmäßigem Verständnis.

Der Artikelschreiber sagt Hessemer: Die Ansicht über Handstrich- und Mühlsteinmangel dürfte die Ansicht eines Herrn sein, der vor hundert Jahren gelebt hat und nicht kennengelernt hat (siehe Amerika und andere Industrieländer, in denen eine Nationalisierung, d. h. in diesem Falle eine mögliche Erzeugung der Handarbeit durch Maschinenarbeit gang und gäbe), daß rationelle Maschinenarbeit ein absolutes Erfordernis ist.

Im Wiesbadener Bezirk sind bedauerlicherweise noch eine Reihe Handstrichziegeleien vorhanden, die nach derselben Methode arbeiten wie im alten Babylonien.

Darin stimmen wir vollständig mit Hessemer überein. Nicht die Rückkehr zu Produktionsmethoden, wie sie vor hundert Jahren maßgebend waren, kann das Bestreben der Sachleute sein, sondern höchste technische Vervollkommenung. Wir bestreiten auch, daß die Ziegelindustrie nicht genügend fachlich vorgebildete Arbeitskräfte bekommen könnte, weil solche nicht vorhanden sind resp. es an dem nötigen Nachwuchs fehlt. Wir wehren uns auch dagegen, wie es von den Zimmungsvereinern versucht wird, daß für die Ziegler eine mehrjährige Lehrzeit vorgeschrieben werden müßte.

Also insofern gehen wir mit Hessemer konform, als wir bestreiten, daß die Ziegelindustrie nicht leistungsfähig sein sollte, wegen Mangel an geeigneten Arbeitskräften.

Aber in der Bekämpfung von rückständigen Ansichten leistet er sich Aufschneidereien, nach deren Lesen man zu der Ansicht kommt, daß Hessemer in verächtlichen Dingen genau so rückständig ist, wie der Artikelschreiber in der „Neuen Wiesbadener Zeitung“, welcher in seinem Artikel auch den Mangel von Bauhandwerkern behauptet hatte.

Hessemer leistet sich nun bei Behandlung dieser Frage folgenden Satz:

„Man findet heute sehr wenig Lehrlinge in diesem Beruf (Bauhandwerk), da es bis jetzt dem Nachwuchs viel leichter gemacht wurde, Geld zu verdienen, sei es durch „Stempeln“ oder durch Gelegenheitsarbeit. Wer wollte von dem Nachwuchs noch eine Lehrlingszeit von drei Jahren und mehr auf sich nehmen, wenn die staatliche Fürsorge ihm es ermdlichte, größere Beträge, als sie in der Lehrzeit bezahlt werden, einzuflecken.“

Wir haben die Ausführungen Hessemers an den markanten Stellen unterstrichen, weil sie so recht die sozialen Anschauungen mancher Arbeitgeber kennzeichnen.

Es beweist aber auch zugleich, daß ein großer Teil an selbstverpflichteten Denkern, selbst bei sonst modernen Anschauungen veraltenden Ansichten vorhanden ist.

Hessemer macht die staatliche Erwerbslosenfürsorge für den Mangel an sachmäßig ausgebildetem Nachwuchs verantwortlich, gibt aber selbst an, daß durch die geringe Bautätigkeit dieser Mangel hervorgerufen ist. Hat Hessemer schon einmal mit der staatlichen Erwerbslosen-Unterstützung auskommen müssen?

Würde die Bautätigkeit vermehrt werden, wäre wahrscheinlich auch kein Mangel an Bauhandwerkern vorhanden gewesen. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß Eltern ihren heranwachsenden Kindern nicht zu Verneinen raten werden, wo keine ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden sind. Daß die staatliche Zwangswirtschaft das Verneinen verhindert haben soll, kennzeichnet die Anschauungen Hessemers als solche, wie sie das rückständigste Hausagrarertum vertritt. Auch wenn keine staatliche Zwangswirtschaft bestanden hätte, würden wahrscheinlich ebenfalls nicht mehr Wohnungen gebaut worden sein, wie bisher und auch die übrige Bautätigkeit wäre ebenfalls nicht größer gewesen.

Doch über dieses Kapitel ist ja mit Leuten, welche solche Anschauungen vertreten, nicht zu rechten.

Wir möchten aber Herrn Hessemer, der sonst ganz moderne Anschauungen in technischer Beziehung vertritt, raten, auch einmal seine volkswirtschaftlichen Anschauungen etwas zu modernisieren, weil man in dieser Beziehung sonst auch der Meinung sein könnte, daß er ebenfalls um hundert Jahre zurückgeblieben ist.

Von der Tatsache, daß es vielen Eltern nicht möglich war, ihre Kinder in geeigneten Lehrstellen unterzubringen, weiß Herr Hessemer natürlich nichts. Auch die Not der Arbeiterkinder kennt er nicht. Manchen Eltern, die ihren Kindern gern den Weg für ihr späteres Leben ebnen und sie ein Handwerk lernen ließen, ist es einfach aus sekundären Gründen unmöglich, sie drei bis vier Jahre durchzuführen. Doch von all den Dingen braucht ja ein Arbeitgeber auch nichts zu wissen.

Wir empfehlen Herrn Hessemer, auch einmal etwas Anschauungsunterricht bei den Arbeiterhaushaltungen zu nehmen. Vielleicht wäre dann ebenfalls in seinem sozialen Denken ein Fortschritt zu verzeichnen.

Ist der Reichsbund vaterl. Arbeitervereine tariffähig?

In Nr. 2 „Arbeitsrecht und Werk“ (Wochenchrift „Deutsche Bergarbeitervereine“) brachte der N. v. A. Reichsbund vaterl. Arbeitervereine einen Artikel mit der Überschrift:

„Wolgaster Arbeitsgericht anerkennt den N. v. A.“

Das Urteil, wonach Herr Direktor Drechsler von der Zementfabrik Wolgast wegen Verstoß gegen das Gesetz zur Regelung der Arbeitszeit vom 11. April 1927 freigesprochen wurde, ist hier nebst Begründung ausgeführt. Unterzeichnet ist das Urteil „Sahmann“. Dagegen ist vom Staatsanwalt Berufung eingelegt worden. Eine Entscheidung ist jedoch noch nicht gefällt.

In der Begründung heißt es u. a.:

„Daher hier in Frage stehende Werkverein sachungsgemäß nur Arbeitnehmer aufnimmt, und in der Hauptsache wirtschaftliche Zwecke verfolgt, liegt keine Veranlassung vor, dem genannten Werkverein die Tariffähigkeit abzusprechen.“

Wiederholt ist nachgewiesen worden, daß sich die Werkvereine unter tatkräftiger Mithilfe der Unternehmer bilden, die vornehmlich das größte Interesse an diesen haben.

Wie werden sie unterstützt?
Herr Dr. G., Geschäftsführer des N. v. A. gab zu, 3000 RM von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände erhalten zu haben.

Auf die Frage, zu welchem Zwecke er sie erhalten hat, verweigerte Herr G. die Antwort mit dem Bemerkung: „Jeder Verband hat seine Geschäftszwecke, die er nicht preisgeben könne.“

Herr Friedrich Niemand erbot sich, im Schicksal drei Bezirke zu errichten. Die Beträge für eine Bezirksstelle, rund 800 RM, werden von der Industrie geleistet.

Das Schreiben ist gerichtet unter dem 20. 10. 1926 an Herrn Fabrikbesitzer Sturm, Dörmwalden, Niederschl. In Kommerz erheben sie dem N. v. A. angehörenden Arbeiter der Zementfabrik Robbin und Wolgast die Lohnaufschreibung in Höhe von 10 RM resp. 8 RM. Die

freigewerkschaftlichen organisierten Arbeiter v. hielten nichts, obwohl der Tariflohn und die Arbeitsleistung, dieselbe war. — Die dem N. v. A. angehörenden Arbeiter erhalten Leistungszulagen. Aus den vielen Fällen wollen wir nur einen Fall herausgreifen:

Ein verheirateter freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter, der schon 18 Jahre im Betrieb tätig ist, bekommt einen jährlichen, ledigen Mannes als Helfer. Dieser ist 6 Monate beschäftigt. Weil er im N. v. A. ist, erhält er pro Stunde 2 Pf. mehr als „Leistungszulage“.

In einem anderen Betrieb werden alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter von ihren Arbeitsplätzen fortgenommen und an die schmutzigen Arbeitsplätze und mit schlecht bezahlten Arbeiten beschäftigt. An ihre Stelle kamen Arbeiter, die dem N. v. A. angehören. Da sie nicht eingearbeitet waren, mußten sie bedeutend mehr Arbeitsstunden verwenden, um die Arbeit verrichten zu können.

Wiederum in einem anderen Betrieb traten die Werkmeister an die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter heran und versuchten, sie zum Beitritt zum N. v. A. zu bewegen. Im Weigerungsfalle wird mit Verweisung an einen anderen Arbeitsplatz und weiteren Konsequenzen gedroht.

In mehr als 10 Fällen kann nachgewiesen werden, daß Werkmeister während der Arbeitszeit für den N. v. A. agitieren.

In einem Ort wurde der Betrieb geschlossen. Bei der Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter wurde das Mitgliedsbuch der freien Gewerkschaft aberlangt, und der Beitritt zum N. v. A. gefordert. Etwa 30 langjährig beschäftigte Arbeiter kamen nicht zur Wiedereinstellung. Es wurden dafür Leute aus der Umgegend herangezogen, die zum Teil anderweitig in Arbeit standen.

Wie die freiwillige Mitgliedschaft aussieht, geht daraus hervor, daß ein großer Teil der in den N. v. A. gezwungenen Arbeiter keine Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften aufrecht erhält. Die Gewerkschaft des Zementarbeiterverbandes ist zu jeder Zeit bereit, den Behörden und amtlichen Stellen vertrauliche Namen und Adressen der angeführten Fälle bekanntzugeben.

Das Angeführte ist jedoch bei weitem nicht erschöpfend. — Auf Grund des Freispruchs des Herrn Drechsler, Wolgast, prangte am schwarzen Brett in der Zementfabrik Wolgast ein Aufschlag, wonach ab Montag, den 12. März, die Saisonarbeit beginnt und in zwei Schichten mit 10 resp. 12 Stunden gearbeitet wird. Worin die Saison besteht, ist jedem Kenner der Verhältnisse ein Rätsel, da den ganzen Winter über gearbeitet worden ist. Vielleicht weiß es der zuständige Herr Gewerkschaft?

Der Meister Wahler trat an die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter heran und legte ihnen nahe, dem N. v. A. beizutreten. Im Weigerungsfalle müßten sie von ihrem Arbeitsplatz abgelöst werden. Alle Mitglieder, die 25 und 30 Jahre Mitgliedschaft in der freien Gewerkschaft waren, sahen sich, um wirtschaftlichen Schäden zu vermeiden, gezwungen, ihr Mitgliedsbuch und damit ihre lang erwerbten Rechte abzugeben. — (Es leisten die freien Gewerkschaften erheblich höhere Unterstützungen als der N. v. A.).

Dem Herrn erkennenden Richter in Wolgast ist wohl nicht bekannt gewesen, wie die Mitgliederaufnahme im N. v. A. vor sich geht.

Durch Tarifverträge und Entscheidungen des Reichsarbeitsministers muß im Jahre 1923 in der Zementindustrie die achtstündige Arbeitszeit oder das Dreischichtensystem eingeführt werden. Dem Wolgaster Werk bleibt es vorbehalten, in 10 Stunden ohne einen Fünftel Ueberstundenzuschlag zu arbeiten. (Der Vertrag mit dem N. v. A. gibt die Möglichkeit dazu).

Der Deffentlichkeit sei zur Illustration der Lage der Zementarbeiter noch folgendes mitgeteilt:

Im Jahre 1913 wurden in der Zementindustrie 26 000 Arbeiter beschäftigt. Im Jahre 1923 nur 16 000. Das ist ein Rückgang von 46 Proz., der Rückgang der Produktion betrug jedoch nur 15 Proz. Im Jahre 1927 wurde trotz der Verminderung der Arbeitskräfte auf 16 000 von diesen eine größere Menge erzeugt wie 1913. Das ist sehr beachtenswert.

Durch verlängerte Arbeitszeit dürfen zu dem Heer von 10 000 arbeitslosen Zementarbeitern nicht noch neue hinzukommen.

Aus Gründen des Allgemeinwohls muß hier Einhalt geboten werden.

Wahnungen an die Ziegler.

Kollege, merkst du nicht, wie die freien Gewerkschaften die Hand reichen, um dich zu retten, um dich aus dem Elend herauszureißen? Solltest du dies nicht empfinden, dann ist es Zeit, allerhöchste Zeit, daß du versuchst, den richtigen Weg zu erreichen. Denke an dein Weib, deine Kinder, deine Angehörigen. Du hast ihnen doch versprochen, sie vor Not und Elend zu schützen. Stimmt es zu deine Pflicht?

Sag, Kollege, wer hilft, wer unterstützt dich im wirtschaftlichen Kampf? Doch nicht etwa der Arbeitgeber? Der gibt lieber zu wenig als zu viel. Die freien Gewerkschaften sind es, die für dich kämpfen. Bestimme dich, sei ein ehrlicher Kämpfer und stärke das gewerkschaftliche Gebilde. Geh' hin unter die anderen Kollegen, kläre auch sie auf, damit diese den Weg zu uns finden. Sind alle Kollegen organisiert, so wird die Zeit nicht fern sein, wo wir unsere Freiheit erkämpfen können.

Habt auch ihr daran gedacht, ihr Zieglerkollegen? Gewiß, habt ihr jetzt Zeit gefunden, eure Gedanken in die Fernschweifen zu lassen, was uns Ziegler die Zukunft bringen wird. In danger Sorge werden viele Kollegen den Tag erwarten, wo es heißt, die Saison beginnt. Weißt doch keiner, ob er wieder Arbeit bekommt. Die Ziegler sind gerade die Betriebe, wo das meiste aus der Arbeitskraft herausgeholt, das meiste aus den Arbeitern herausgepreßt wird. Die Gegenleistungen dafür sind geringe Entlohnung und vielfach merkwürdige Behandlung. Die Wandersiegler, die die Heimat jetzt verlassen, um in der Fremde ihr Brot zu verdienen, wissen ja, was ihrer harret. Durch schöne Redensarten angezogen, erhalten sie oft Wohnung. Aber o weh! Wie steht es dort aus? Können die Proleten ist ja schließlich ein Stück gut genaug. Genügend Zeit, um den zerschundenen Körper ausruhen zu lassen, gibt es da nicht. Die Vergütung ist niedrig. Die Betriebsräte werden nach Möglichkeit gleich abgedroffelt, so daß sie zu allem Ja und Amen sagen müssen.

Sollen wir denn überhaupt nichts zu sagen haben, befragen wir gar keine Rechte? O ja! Sogar viele. Daran an und liegt es, die Rechte zu haben, sie anzuwenden; dazu gehört aber Macht, und die liegt in der Gewerkschaft.

Deshalb muß zuerst euer Streben sein, die Gewerkschaften restlos zu organisieren. Was hört ihr bei den jetzt laufenden Lohnverhandlungen? Ein Zementarbeiter der Arbeitgeber. Sie verdienen nicht viel, dieses Jahr nicht so schlecht aus mit der Bautätigkeit, Geld fehlt, es gibt keinen Kredit, die Löhne werden voll und bleiben als totes Kapital liegen. Ihre Rettung wäre Lohnabbau. Wahrscheinlich, man könnte es bald glauben, wenn man nicht überzeugt wäre, daß die Ziegelfabrikier enorme Summen verdient haben. Lohnabbau kann uns, kann die Wirtschaft retten. Wir als Konsumenten betreiben die Wirtschaft und somit den Geschäftsgang zum Nutzen aller. Aber die herrschende Clique kann es nicht leben, daß es einen Arbeiter etwas besser geht. Die Unternehmer denken nur an sich. Die Proleten können dabei zuanruhen geben. Darf man sich das zulassen? Nein. Wir müssen kämpfen. Müssen mehr Lohn, das Recht der Mitbestimmung erringen, unsere Freiheit erobern. So wollen wir in diesem Jahr vorwärtsstreben, Zieglerkollegen. Aus zum Teil, den Angehörigen zum Segen. Gehet hin, werbet im ganzen Lande für die Gewerkschaft, für den demokratischen Bund. Der Lohn wird nicht ausbleiben.

Frauenkonferenz im Gau Hannover-Braunschweig.

Am 18. März tagte im Volkshaus zu Hannover eine Konferenz der arbeitenden Frauen und Mädchen unseres Verbandes. 59 Kolleginnen aus verschiedenen Orten und Betrieben waren erschienen, um ihr Interesse an der Organisation zu betonen und die Frauenprobleme im gewerkschaftlichen Sinne selbst zu erörtern.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung 'Die Bedeutung der Gewerkschaften für die arbeitenden Frauen und Mädchen' führt Kollegin Anna Bammert überzeugende Beispiele und Argumente für unsere wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Arbeiterinnen an.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung macht Kollege Barzsch treffende Ausführungen über 'Die Frau in Staat und Gesellschaft'. Durch unsere Zeit taucht in allen Kulturländern die Frage einer gewaltigen Sehnsucht, der Sehnsucht nach dem Erleben und Ausleben der freien, starken Persönlichkeit.

An beide mit Beifall aufgenommenen Referate schloß sich eine lebhaft diskutierte, in der 18 Kolleginnen das Wort ergreifende Diskussion an. Die wichtigsten Punkte, Lohn-, Ueberstunden und Betriebsratsfragen wurden ausgiebig und besprochen.

Rheinabern.

Was würden wohl die christlichen Gewerkschaften für ein Gesicht annehmen, wenn von einer Kanzel berab für die freien Gewerkschaften agitiert würde? Was würde erst eine Kirche für Protest erheben, wenn eine freie Gewerkschaft ihre Mitglieder so unter Bewußtseinszwang nehmen würde, wie es die katholische Kirche durch ihren Vertreter in Rheinabern tat?

Das Rheinabern wird uns aber das, was sich der katholische Geistliche herausnimmt, berichten:

Die diesjährige Ostermesse hat in Rheinabern sehr großes Interesse ausgelöst, denn der zurzeit hier im Orte stehende Kaplan ermahnt die freigeorganierten Arbeiter und Arbeiterinnen die Erfüllung ihrer religiösen Pflichten derart, daß er den Fabrikarbeiterverband nicht der freien Kirche (Evangelische Kirche) für die Arbeiter und Arbeiterinnen verbietet, was seit Bestehen der Gewerkschaft in Rheinabern noch nicht vorgekommen ist.

Offenburg. Bezirksdelegiertenversammlung der Zahlstelle.

Am 18. März, nachmittags 2 Uhr, tagte in Offenburg die jährliche Bezirksdelegiertenversammlung unseres Verbandes, um den Geschäfts- und Massenbericht des abgelaufenen Geschäftsjahres entgegenzunehmen. Kollege Sege eröffnete die Versammlung und begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen und Kolleginnen.

An Lohn- und Arbeitszeitkämpfen war die Zahlstelle beteiligt: Porzellanindustrie, Glasindustrie, Ziegelindustrie, Papierindustrie. Für die Offenburg Porzellanindustrie konnten die Verträge für eine Anzahl Betriebe wieder erneuert werden und würden sowohl in Arbeitszeitverlängerung als auch in Lohn-erhöhungen weitestgehende Erfolge erzielen.

Im 2. Punkte wurde Stellung genommen zum diesjährigen Bundes- und Verbandstag. Für die Gruppe Porzellan wurde der Kollege Karl Giesinger von Zell als Kandidat aufgestellt; für die Gruppe Glas der Kollege Robert Schinzel von Albern.

Bei der Stellungnahme zum Verbandstag rief die Durchführung der Invalidenversicherung eine ausgiebige Diskussion hervor. An derselben beteiligten sich der Kollege Giesinger, Zell, a. S., Seibert und Schinzel, Albern, Kirmann, Kehl, Kalkbaler, Meßner, Leib und Reiner, Offenburg.

Unter Punkt 3 wurde die Ortsverwaltung noch durch zwei auswärtige Kollegen ergänzt. Die Wahl fiel auf Mader-Hornberg und Kirmann-Kehl. Der Kollege Mader als Gauleiter wies noch auf die Verbandschule in Wennigsen hin mit der Bitte, daß sich auch die jungen Kollegen an der Teilnahme an den Kursen beteiligen sollten.

und junge wie ältere Bürger und Bürgerinnen, belästigt und an-schneuzt, wenn sie zu spät zum Gottesdienst kommen oder zu früh denselben verlassen; greift man noch zu anderen Mitteln, um eine friedliebende Arbeiterchaft ihrer Geschäftsarbeit zu entreißen.

Die Arbeiterchaft von Rheinabern mag zurückdenken an die Zeit, als noch keine Organisation in den Betrieben Ludwig und Lenzens bestand. Wie erging es ihr? Was hatte sie zu erdulden? Half ihr damals ein Geistlicher? — Nein. Der Verband der Fabrikarbeiter ermöglichte es, daß hier die Großmachtstellung des Kapitals gebrochen wurde. Der Verband der Fabrikarbeiter ist es auch, der nur die Lohn- und Arbeitsbedingungen mitregelt auch die Interessen der Arbeiterchaft wahr.

Dunzlau.

Der Betrieb der Steingerwerke G. m. b. H. in Dunzlau wurde im vorigen Jahr eröffnet. Eine Anzahl Erwerbstätige waren frech, Arbeit zu erhalten. Ihre Freude wahrte nicht lange. Schon bei der Einstellung mußten sie einen Jahresvertrag unterschreiben, nach welchem sie innerhalb eines halben Jahres fristlos entlassen werden können, wenn sie sich nicht zur Arbeit eignen.

In der Woche vom 1. bis 7. April ist der 14. Wochenbeitrag fällig.

Arbeitsordnung, Betriebsrat, geregelte Arbeitszeit und Ertrag waren der Firma unbekante Dinge. Als Stundenlohn wurde im allgemeinen der 'fürstliche' Betrag von 54 Pf. bez. Sacharbeiter kamen durch übermäßige Anstrengung etwas über die weichen lehrten aber bald dem Betrieb den Rücken.

Als Antwort darauf folgte am anderen Tage eine unangenehme Maßnahme, die den Geist der Firma so recht zeichnete. Es sollte ein Ofen ausgenommen werden. Der Arbeiter, welcher hineinging, kam mit verbranntem Gesicht wieder heraus, der zweite fiel infolge der unerträglichen Hitze dem Stof und mußte herabgebracht werden.

Offentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß die Arbeiter etwas mehr Selbstbewußtsein zum Ausdruck bringen und nicht in der heutigen Zeit wie Sklaven behandelt werden.

Wissenswertes in aller Kürze.

Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth wurde von seiner Partei, dem Zentrum, zu den kommenden Wahlen nicht mehr als Kandidat aufgestellt.

Das Kriegsschadensbüchse bringt 200.000 Kleinschadige wesentlich weniger als 3000 Großschadigen. Damit bleibt der Bürgerblock seinen Bestrebungen, nur den Verlesenen Minder-Dienste zu leisten, treu.

Kapitan Lojmann, der auf eigene Faust mit den Geldern aus Reichswelt und Marinestadt Geschäfte machte, schädigte Reich dadurch um rund 25 Millionen Reichsmark. Man darf aber nicht etwa meinen, der Mann sei deswegen hinter Gitter und Kegel gekommen. Er scheidet lediglich aus Marineposten am 31. März aus.

Der Niederländische Gewerkschaftsbund zählte am 1. Januar 1928 205.561 Mitglieder, was im Vergleich zum Vorjahre eine Zunahme von 7126 bedeutet. In den früheren Jahren waren folgende Zunahmen zu verzeichnen: 1924: 3781, 1925: 6719, 1926: 6018.

Die Deutsche Reichsbahn verlangt eine Tarifserhöhung von 250 Millionen Reichsmark bringen soll. Zwei Drittel werden aus dem Güter- und ein Drittel aus dem Personenerverkehr erwartet.

Der Umsatz der Konsumvereine stieg im wöchentlichen Durchschnitt im Monat Februar von 7,45 auf 7,72 RM.

Der Bayerische Industriellenverband brachte an den kommenden Wahlen bereits 240.000 RM auf. Das Geld sollen die Kandidaten erhalten, die für die Interessen der Industrie eintreten. Es sind also Kaufstüber. Dazu haben die Industriellen Geld, wenn sie Lohnserhöhungen geben wollen, sind sie notleidend.

Der deutsch-österreichische Wismutkongress wird ab 1. April in Prag abgehalten. D. h. Wer einen gültigen Paß besitzt, kann ohne Einholung des Sichtvermerks die in Frage kommenden Grenzen überschreiten.

Die Vereinigten Staaten Nordamerikas bewohnen zurzeit 120 Millionen Menschen. Vor 150 Jahren siedelten im gleichen Gebiet 3 Millionen Menschen, 1800 waren es 5, 1900 70 Millionen. Eine derartige Entwicklung vermag kein europäisches Land aufzuweisen.

Die in Nr. 8 des 'Keramischen Bundes' angeführte Stelle einer Hilfskraft für die Gruppe Grobkeramik ist besetzt. Gewählt wurde der Kollege J. Kabe-Deßau. — Allen Mitarbeitern besten Dank!

Arbeitsmarkt.

Acht tüchtige Presser auf Akkumulatorkonstruktion, sowie tüchtige Holzglasmacher auf chemischem Nohlglas werden gesucht. Arbeitsantritt am 15. Juli d. J. Wohnung vorhanden. Angebote sind zu richten an Arbeitsnachweis Richard Eichag, Grafenroba, Thür., Friedrichs Gasthof. Porto ist beizulegen.

Tüchtiger Isolatorendreher für Hoch- und Niederspannung für sofort als erster Dreher nach Italien gesucht. Angeblich Industrie Porcellane, Trento, Italien. Suche 4-6 Gehilfen auf Bleiglas-Tiefzieh. Paul K. Häusel, Wartha, Bez. Breslau.

Steinmetzfabrik Willebroch & Koch, Septfontaine bei Luxemburg sucht per sofort 1 Modelleurrichter, 1 Formgießer, 2 Dreher, welche auch garnieren können. Bedingungen Selbständiges, sauberes Arbeiten.

Ein Schleifergeselle sofort gesucht für Nohlglas-Tiefzieh. Meldungen an G. S. Beler, Gewerkschaftsbüro Benzigerstraße 10.

Jünger Glasbleisergeselle, eingearbeitet in Fein- und Nohlglas-Tiefzieh, sowie Stiel- und Nohlglasbleis, perfekt in allen vorzukommenden Arbeiten, ledig, sucht lohnende Stellung. Solen bevorzugt. Angebote unter F. 132 an den 'A. W.', erbeten.

Glasmacher, gut eingearbeitet in Nohlglas-Thermoskaffen und chemische Artikel, sucht Stellung. Antritt kann sofort erfolgen. Angebote sind zu richten an Fabrikarbeiter-Verband, Postfach 31, Menau, Karl Auguststr. 7.

2 rheinische Stelmacher, beide ledig, suchen Stellung. Offerten an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Postfach 10, E. a.

Tüchtiger, lediger Glasbleisler (20 Jahre), sucht sofort Stellung. Zu erfragen Arbeitsnachweis Richard Eichag, Grafenroba, Thür.

Ein tüchtiger, lediger, Tafelglasbleisler und Geselle sucht Stelle. Er ist gewillt, auf starkes und schwaches Glas zu arbeiten. Arbeitsangebote an den Arbeitsnachweis Michael Andorfer, Waldfass (Waldhölzer) 5.

Berlag: Albin Karl, Charlottenburg, Brabejstr. 2-3. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Menninger, Charlottenburg, Brabejstr. 2-3. Druck: G. Janitzsch, Berlin, SO. 26, Gliedebühlerstr. 20/21.